

- 1 Tanners Plädoyer für einen politischen Pazifismus
- 6 Zum 80-jährigen Jubiläum des Friedensrates
- 12 Referendum gegen die Korrektur der Korrektur
- 14 Ambivalentes Verhältnis: Russland und die OSZE

- 19 Kolumbien: zwischen Friedensarbeit und Gewalt
- 22 Interview: Kein Frieden ohne Gerechtigkeit
- 24 Syrien: Krieg vorbei, Frieden vertagt
- 26 Westsahara: Das Pokerspiel geht weiter

Jakob Tanner zum 80-jährigen Jubiläum des Schweizerischen Friedensrates

Für einen politischen Pazifismus

Am 6. Dezember 2025 feiert der Schweizerische Friedensrat sein 80-jähriges Bestehen mit einer Jubiläumsveranstaltung in Zürich. Wir baten dazu verschiedene Personen, die ihm in irgendeiner Form verbunden sind, um ein kurzes Statement, was er ihnen bedeutet, wie sie zu ihm gekommen sind oder was sie sich von ihm wünschen. Sie finden diese Beiträge auf den Seiten 6-11. Der Historiker Jakob Tanner hat dem Friedensrat gleich einen vertiefenden Beitrag zum historischen Pazifismus und seinen Aufgaben heute gewidmet, der ihm gleichsam Leitlinie für die weitere Arbeit sein kann. Die Untertitel stammen von der Redaktion.

/ Jakob Tanner /

Worte sind frei. Sie wehren sich nicht gegen ihren Missbrauch und ihre Verkehrung ins Gegenteil. In George Orwells dystopischem Roman 1984 lautete einer der drei Slogans der Partei «Krieg ist Frieden». Auch heute inszenieren sich Aggressoren als Friedensgaranten. Anderen Schlagworten wie Freiheit und Solidarität geht es nicht besser. Erklärte Feinde der Demokratie versammeln sich unter der Fahne der «Freiheit» und völkische Rassisten schwadronieren von «nationaler Solidarität».

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass «Frieden» schon immer ein ambivalenter Begriff war und

bis heute geblieben ist. Zum einen entspricht er einer weit verbreiteten Haltung: Menschen wollen im Frieden leben, nicht nur, um ihre Ruhe zu haben, sondern um ihre Aspirationen, ihre Lebensentwürfe zu verwirklichen. Wer dauernd Angst vor Aggressoren haben muss, wer unter Raketenbeschuss kommt oder von marodierenden Banden heimgesucht wird, weiss um den Wert des Friedens. Wer von solchen Gewalttaten verschont bleibt, ebenfalls. Das öffentliche Gut «Frieden» geniesst generell eine hohe Priorität.

Zum anderen weist die «Pax» eine dunkle Unterseite auf. Um «in Frieden» leben zu können, haben sich Kolonialis-

ten stets auf Methoden brutaler Ausbeutung und mörderischer Unterdrückung verlassen. Die Befriedung, nämlich die grossflächige Kontrolle von Herrschaftsräumen mittels militärischer Absicherungsstrategien und Soft-Power, ist ein gemeinsamer Nenner aller weiträumigen Friedensimperien, von der Pax romana über die Pax mongolica und die Pax sinica bis zur Pax britannica, und einem solchen «Friedenssicherungs»-Modell folgten auch die Pax americana sowie die Pax sovietica während des Kalten Krieges.

Das Dilemma der Gewaltfreiheit

Ein politischer Pazifismus geht von diesem Dilemma aus. Er setzt konsequent auf Frieden in Freiheit und wendet sich gegen eine gewaltförmige Pazifizierung. Dabei lässt er sich nicht auf absolute «Gewaltlosigkeit» verpflichten, weil er erkennt, dass in allen Herrschaftssystemen Gewalt in unterschiedlicher Form und Abstufung wirksam ist. Das setzt eine pragmatische Einstellung voraus, wie sie etwa Mahatma Gandhi eigen war. Gandhi wusste, dass die britische Kolonialmacht nur gebrochen werden kann durch gewaltfreien Widerstand. Es war für ihn nichtsdestotrotz klar, dass ein freies Indien eine Armee braucht, um sich verteidigen zu können.

Fortsetzung Seite 2

Handeln statt Hoffen

80 Jahre Schweizerischer
Friedensrat 1945–2025

Jubiläumsveranstaltung

Samstag, 6. Dezember 2025,
11–19 Uhr

Kirchgemeindehaus
Aussersihl

Saal Dorothee Sölle
Stauffacherstrasse 8, Zürich

Schweizerischer
Friedensrat SFR

KritikerInnen des Pazifismus von links erlagen und erliegen häufig dem Umkehrschluss, dass nur mit «Gegen-gewalt» etwas gegen die «Gewalt der Herrschenden» oder gegen «strukturelle Gewalt» ausgerichtet werden kann. Sie tragen die durchaus triftige These vor, dass noch keine Revolution ohne Gewaltanwendung über die historische Bühne gegangen ist. Sie vergessen aber, anzufügen, dass es genau diese Gewaltpraktiken waren, welche die revolutionären Kräfte nach ihrem machtpolitischen Durchbruch bis auf die Knochen korrumpiert und die Aussicht auf eine gute Zukunft verbaut haben.

Friedenspolitik macht sich deshalb für etwas Drittes, nämlich für «Anti-Gewalt» stark. Diese drückt sich in einem zivilgesellschaftlichen Engagement aus. Dieses setzte sich mit den vielfältigen Ausprägungen der Gewalt, die die auch real existierenden demokratischen Gesellschaften durchziehen, auseinander. «Anti-Gewalt» zielt darauf, diese

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch, PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich, IBAN CH64 0900 0000 8003 5870 1

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Mitarbeit: Arno Kleinebeckel, Balthasar Glättli, Oleksandra Matwijtschuk, Johanna Calle, Jonas Wolff, Elisabeth Bäschlin, Manuel Flury-Wahlen, Vassily Klimentov, Jeronim Perović, Jakob Tanner.

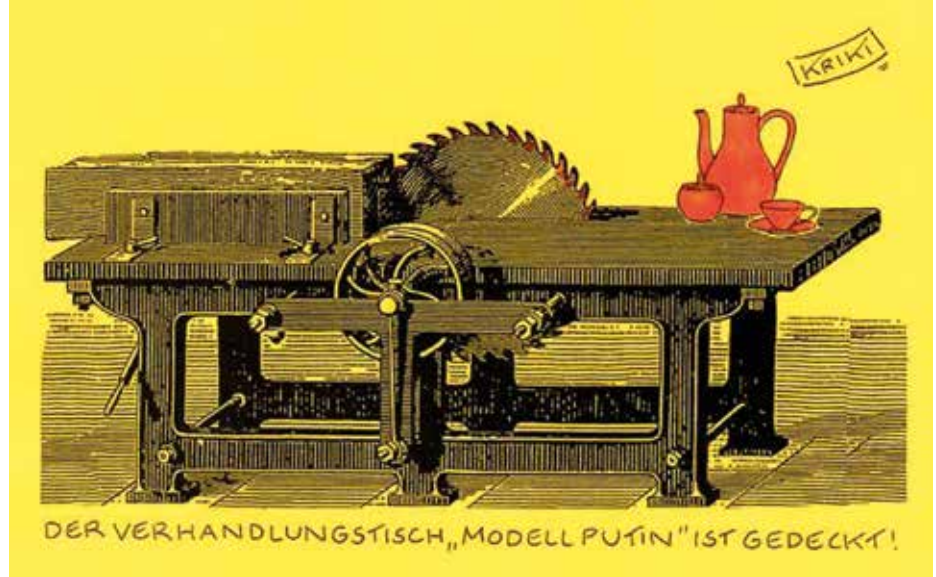
Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Seite 2: krikki; Seiten 6-11: zVg; Seite 15: Maxim Shemetov; Seite 21: PRIF-Spotlight; Seite 24: Omar Qutb; Seite 27: SUKS; Seite 28: Michael Schwarz; Seite 30: Hasan Belal; Seite 32: Kichka.

Druck: Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: 2000 Ex., Dezember 2025

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht auch an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492.



Gewaltverhältnisse in den sozialen Mikrostrukturen sichtbar zu machen, um sie rechtlich und alltagspraktisch bekämpfen zu können. «Anti-Gewalt» fördert kooperativ-partizipative Projekte und erprobt gewaltfreie Umgangsformen – dies immer im Wissen darum, dass sich keine Gesellschaft asymptotisch einer totalen Gewaltfreiheit nähern wird. «Anti-Gewalt» ist Arbeit gegen Gewalt, sie verzichtet auf eine eschatologische Erwartungshaltung, die davon ausgeht, Menschen könnten mit viel gutem Willen schliesslich in einem Friedensparadies ankommen.

Friedliche Gestaltung der internationalen Beziehungen

Die heutige Friedensbewegung sollte sich stärker auf ihre Gründungsmomente beziehen. Seit dem frühen 19. Jahrhundert kämpften die PartisanInnen des Friedens in Europa gegen Autokratien und für demokratische Selbstbestimmung. Eine der Parolen der Französischen Revolution war «Paix aux chaumières, guerre aux palais». In Deutschland wurde sie durch Georg Büchners Aufruf «Friede den Hütten, Krieg den Palästen» im *Hessischen Landboten* (1834) verbreitet. Der radikale Demokrat Büchner rückte den Konnex zwischen Demokratieaufbau und Gewaltabbau ins Zentrum. Mit seiner Revolutionsaufforderung huldigte er nicht einem militärischen Geist oder kriegerischem Heldentum, sondern trug eine Variante der «Anti-Gewalt» vor.

Die Demokratisierung innerer Zustände sollte auch die friedliche Gestaltung der internationalen Beziehungen vorantreiben. So entwarf Victor Hugo auf dem Pariser Kongress für «universellen Frieden» von 1849 die Vision der «Vereinigten Staaten von Europa». Am Gründungskongress der «Internationa-

lionalen Liga für Frieden und Freiheit» (ILFF) 1867 in Genf nahm prominent der italienische Freiheitskämpfer Giuseppe Garibaldi teil, für den klar war, dass ein dauerhafter Frieden nur auf demokratisch-republikanischer Grundlage erreicht werden kann. Garibaldi war europaweit bekannt für seine waghalsigen militärischen Abenteuer.

pacem + facere = Frieden herstellen

Garibaldi kämpfte, wenn nötig, mit Waffen, aber immer im Bewusstsein, dass es nicht die Gewalt ist, welche die Probleme löst. Und im Jahr 1915, mitten im Ersten Weltkrieg, haben die in Den Haag versammelten Gründerinnen der «Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit», von denen viele in der Sozialarbeit und der transnational vernetzten Settlement-Bewegung aktiv waren, ihre Friedenspostulate und ihre Kritik am Krieg in Richtung einer sozialen Demokratie konkretisiert.

1901 wurde das Wort «Pazifismus» (aus *pacem + facere* = Frieden herstellen) geprägt. Der französische Friedensaktivist, Anwalt und Präsident der ILFF wollte damit seinem «Code de la paix», mit dem er ein internationales Regelwerk zur Friedenssicherung vorschlug, mehr Resonanz verschaffen. Mit seiner begrifflichen Neuschöpfung, die leicht in viele Sprachen übersetzbar war, grenzte er sich sowohl gegen religiös motivierte FriedensmoralistInnen als auch gegen eine Linke ab, die in revolutionärer Gewalt einen Friedenskatalysator erkennen wollte.

Er wusste, dass der Frieden nur als etwas Konstruiertes, Gesetztes, also als eine rechtliche Versatzung Bestand haben konnte. Er war ein Peace Engineer, der an Immanuel Kants Entwurf *Zum ewigen Frieden* von 1795 anknüpfte, diesem jedoch eine institutionelle Rah-

mung verpasste. Er formulierte nicht nur völkerrechtliche Regeln, sondern konzipierte Schiedsgerichte zur Streitschlichtung und einen Mechanismus kollektiver Wirtschaftssanktionen gegenüber Aggressoren. Mit seinem Vertrauen in die Möglichkeit einer völligen Überwindung von Gewalt durch Recht lag er falsch.

Nie wieder Krieg oder Krieg dem Krieg?

Nach dem Ende des mörderischen Ersten Weltkrieges verabschiedeten viele PazifistInnen den Fortschrittsglauben des Fin de siècle. Gemeinsame Klammer der vielen Friedensbewegungen war der Aufruf «Nie wieder Krieg». 1921 formierte sich, ausgehend von den Niederlanden, die War Resisters' International (Internationale der Kriegsdienstgegner), die jeden Militärdienst prinzipiell ablehnte. Der 1920 gegründete Völkerbund, der eine kollektive Sicherheitsarchitektur auf internationaler Ebene realisieren wollte, erhielt (abgesehen von einigen deutschen PazifistInnen) weithin Unterstützung.

Gleichzeitig war auch die Losung «Krieg dem Kriege» populär. Darin drückte sich nicht nur eine neue Militanz, sondern auch die Einsicht aus, dass es eine rechtlich regulierte Gewaltinstanz mit internationaler Polizeifunktion braucht, um Aggressoren in Schach zu halten. Einige PazifistInnen forderten ein entschlossenes militärisches Vorgehen gegen weiterhin mit der Kriegsfackel spielende Machtherrscher und Gewaltpotentaten.

Der bahnbrechende Briand-Kellogg-Pakt

Ein Vertreter dieser Richtung war Richard Coudenhove-Kalergi, dessen 1924 erschienenes Pamphlet *Pazifismus* zur Schlussfolgerung gelangt: «Der Pazifismus als politisches Programm darf also keinesfalls die Gewalt ablehnen; nur muss er sie gegen den Krieg einsetzen – statt für den Krieg.» Diese irritierende Aufforderung, die Militaristen mit ihren eigenen Mitteln präventiv zu schlagen, blieb Mitte der 1920er-Jahre noch konfus – wie im Übrigen das ganze Paneuropa-Programm, für das Coudenhove-Kalergi warb.

Doch 1928 kam es zu einem bahnbrechenden diplomatisch-völkerrechtlichen Durchbruch. Der Briand-Kellogg-Pakt annullierte das staatliche *ius ad bellum* (das Recht auf Krieg) und stipulierte ein allgemeines Gewaltverbot. Die beiden

Aussenminister Aristide Briand und Frank Billings Kellogg, nach denen der Pakt benannt wurde, strebten anfänglich einen traditionellen Bündnisvertrag an, und es war dem Einsatz friedensbewegter AktivistInnen zu verdanken, dass daraus ein universalistisches Vertragswerk wurde, das den Krieg grundsätzlich ächtete.

Unverzichtbare Vorlage für die Uno

Fortan konnte sich ein politischer Pazifismus an der klaren Unterscheidung von völkerrechtswidrigem Angriffskrieg und einem legitimen Notwehrrecht orientieren. Und von daher war es für AnhängerInnen dieser pazifistischen Richtung gar keine Frage, dass der Krieg gegen die Nazi-Barbarei so entschlossen wie nur möglich zu Ende geführt werden musste.

Trotz seines Versagens gegenüber den Aggressorstaaten der 1930er-Jahre – Japan, Italien, Deutschland – hatte der Briand-Kellogg-Pakt auf die Länge messbare massive Auswirkungen, die von seinen VerächterInnen verschwiegen werden. Und er lieferte eine unverzichtbare Vorlage für die 1945, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, gegründeten Vereinten Nationen, die in ihrer Charta die Kriegsächtung aufgriffen. Aus dem zunächst vorhandenen Willen, eine militärische Sanktionsmacht gegen Angriffskriege zu schaffen, wurde angesichts der Konstellation der Grossmächte nichts.

Trotz aller Unvollkommenheiten, die der Uno immerzu eigen waren und die heute krass hervortreten, verdichteten sich in dieser internationalen Organisation doch zentrale Aspirationen des historischen Pazifismus, insbesondere die Überzeugung, dass die Sicherung des Friedens nicht möglich ist, wenn Aggressoren einfach «durchmarschieren» und ein Recht der Stärkeren im globalen Massstab durchsetzen können. Die politische, finanzielle und auch militärische Unterstützung eines vorsätzlich und brutal angegriffenen Landes wie der Ukraine ist für eine historisch informierte pazifistische Haltung eine Selbstverständlichkeit.

Fortgesetzte pazifistische Diskussion ist überlebenswichtig

Wie schon in den ausgehenden 1930er-Jahren durchläuft die Friedensbewegung auch heute eine neue Lernphase. Sie muss sich von jenen «PazifistInnen», welche die demokratische Lektion von

Fortsetzung Seite 4

Editorial

Freiwilliger Zivildienst statt Zwangsbürgerdienst

Die Service-Citoyen-Initiative für einen allgemeinen BürgerInnenendienst an der Gesellschaft hatte am 30. November keine Chance. Kein Wunder, fast alle waren gegen diese von einer kleinen Gruppe lancierte Volksinitiative «für eine engagierte Schweiz», die grossen Parteien rechts wie links, die Wirtschaftsverbände, die Frauen. Kein Wunder, denn eine Dienstpflicht für alle, neben der bisherigen militärischen wie zivildienstlichen für Männer neu für alle Frauen und tendenziell auch für Personen ohne Schweizer Bürgerrecht, hätte nicht nur gegen Artikel 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der jegliche Form von Zwangs- oder Pflichtarbeit verbietet, verstossen, sondern unter dem Vorwand der Geschlechtergleichstellung auch die Frauen zwangsverpflichtet.

Zudem wäre ein solcher BürgerInnenendienst auch Wegbereiter für die Einführung einer vom Parlament und Bundesrat so rasch als möglich geforderten Sicherheitsdienstpflicht gewesen, die mit der Zusammenlegung von Zivilschutz und Zivildienst zu einem Katastrophendienst nicht nur faktisch den heutigen Zivildienst abgeschafft hätte, sondern dank der Service-Citoyen-Initiative nicht nur Männer, sondern auch Frauen hätte rekrutieren können.

Statt den Zivildienst einzuschränken (dagegen richtet sich das laufende Referendum – vgl. Seite 18) oder gar abzuschaffen, ist es vielmehr sinnvoll, ihn für die Frauen zu öffnen – selbstverständlich auf freiwilliger Basis. Und den Dienst mit attraktiven Bildungsangeboten und notwendiger Infrastruktur auszurüsten. Vorstösse für einen solchen freiwilligen Zivildienst für Frauen sind im Parlament leider schon zweimal gescheitert.

Heute gibt es 4300 Einsatzbetriebe, in denen Männer Zivildienst leisten können und die keine Lohnarbeit konkurrenzieren. Dazu zählen Einsätze in Heimen, Schulen und heilpädagogischen Einrichtungen, aber auch in Kindertagesstätten und schulergänzenden Tagesstrukturen. Im Bereich Landschaftspflege, Biodiversitätsförderung oder Berglandwirtschaft gäbe es noch viel mehr zu tun. Die Ablehnung des Service citoyen wäre jetzt eine Chance, den freiwilligen Zivildienst für Frauen wieder in die Diskussion einzubringen.

Peter Weishaupt

Garibaldi nie begriffen haben, deutlich distanzieren. Wer die militärische Besetzung von «Einflusszonen» durch Imperien und Grossmächte legitim findet, wer die Tatsachen verdreht und im Aggressor ein «Opfer» sieht, verbündet sich mit dem Krieg.

Von den Widersprüchen und Verdunkelungen, die im Friedensbegriff selbst stecken, können sich FriedensaktivistInnen allerdings nicht befreien. Ein politischer Pazifismus geht davon aus, dass Information, Kommunikation und Verhandlungen nicht ersetzbar sind durch ein missionierendes Erlösungsmodell des Friedens. Gerade deshalb ist die fortgesetzte Diskussion zwischen divergierenden pazifistischen Positionen überlebenswichtig.

Fragwürdige Zeitenwende-Rhetorik

Friedensbewegte, die eine prinzipielle, häufig religiös motivierte Haltung vertreten und in jeder Situation nach nicht-militärischen Lösungen und nach Alternativen zur Gewaltanwendung suchen, machten historisch einen wichtigen Teil von Friedensbewegungen aus. Mit ihnen gilt es auch heute im Gespräch zu bleiben. Und der alte Tolstoi bleibt immer eine Quelle der Inspiration. Auch die Beratung und Unterstützung von grundsätzlich gegen Gewalt eingestellten Kriegsdienstverweigerern bleibt wichtig, auch wenn es sich vom universellen Gewaltverbot her aufdrängt, eine solche Entscheidung im Lichte des Völkerrechts zu beurteilen. In Russland sieht das anders aus als in der Ukraine.

Im öffentlichen Raum widersetzt sich ein politischer Pazifismus der unterwürfigen «Zeitenwende»-Rhetorik, die postuliert, weil der russische Präsident Putin und einige weitere machversessene Staatsoberhäupter auf eine regelbasierte Weltfriedensordnung spucken, müssten «wir» dies nun halt auf Gedeih und Verderb ebenfalls tun. Mit einer solchen Anpassung an seine Gewaltprinzipien gewinnt der Aggressor, selbst wenn er den Krieg schliesslich verliert.

Kein Grund für eine defätistische Weltsicht

Es ist ganz einfach falsch, das Mindset von GewalttäterInnen zu übernehmen, die sich die Welt in Kategorien eines Rechts des Stärkeren vorstellen. Soll die Menschheit künftig in eine Art stets bröckelnden Waffenstillstand zwischen

hochgerüsteten Nationalstaaten übergehen? Für Militaristen, Bellizisten und sogenannte Realisten ist es klar, dass noch nie etwas anderes gezählt hat und dass alle Alternativen dazu im besten Fall luftige, meist aber gefährliche Illusionen sind.

Es gibt freilich keinen Grund, sich eine solche defätistische Weltsicht zu eigen zu machen, die einem eklatanten Mangel an politischer Imagination geschuldet ist. Auch wenn das Problem der Abhaltung, der Einhegung, der Ausschaltung aggressiver Staatsführungen weit ernster genommen werden muss, als dies bisher der Fall war, gilt es doch, an den grossen Zielprojektionen historischer Friedensbewegungen festzuhalten. Dazu gehört eine sozial kontextualisierte Gewaltkritik. Es gibt Situationen, in der Gewalt Schlimmeres verhindern muss.

Gewaltmittel sind nötig, um einen Aggressor zu stoppen. Doch Gewalt muss nach Möglichkeit vermieden werden. Die These, dass ihr Abbau zwangsläufig die Zahl von GewalttäterInnen erhöht, ist empirisch nicht triftig. Zudem ist Gewalt auch dann, wenn sie auf Befreiung zielt, destruktiv, sie macht jene, die sie in bester Absicht exekutieren, kaputt. Sie mag in Ausnahmesituationen, beschränkt, gezielt und befristet, nötig sein, sie gleicht aber einer stark abhängig machenden Droge, deren destruktiver Wirkstoff sich in jede ethische Motivation hineinfrisst und politische Projekte von innen zerstört. Das mögen jene HeldInnen, die ihre Schnellfeuerwaffen siegessicher in der Luft schwenken, anders sehen. Doch hat es bisher noch alle ereilt!

Das Sicherheitsdilemma der militärischen Aufrüstung

«Anti-Gewalt» stärkt demgegenüber zivilgesellschaftliche Strukturen innerhalb von Staaten und einen konstruktiv-gewaltaversen Umgang zwischen ihnen. Sie ist auf universelle Kriegsächtung gegründet, hält die Menschenrechte hoch und kämpft unter allen Umständen für Demokratie. Die demokratische Friedenstheorie liefert noch immer zahlreiche Argumente für einen politischen Pazifismus, sie ist überhaupt der zentrale Rahmen der Reflexion. Ein weiterer theoretischer Ausgangspunkt ist das «Sicherheitsdilemma», das besagt, dass militärische Aufrüstung zur Selbstverteidigung von Nachbarn oder GegnerInnen leicht als Bedrohung eigener Sicherheitsinteressen wahrgenommen wird.

So wird, nicht beabsichtigt, auf kollektiver Ebene eine kostspielige Rüstungsspirale in Gang gesetzt, welche die Sicherheit aller unterminiert. Diese Kontraproduktivität trifft insbesondere auch für die Aufrüstung mit Massenvernichtungswaffen zu. Die Vorschläge für eine «selektive Proliferation» von Atomwaffen würde nicht, wie deren Promotoren suggerieren, eine stabile globale Abschreckungsstruktur stärken, sondern vielmehr die Risiken eines Atomkrieges in eine neue Dimension hineinskalieren. Der Einsatz für eine Totalabrüstung von Massenvernichtungswaffen sowie für ein Atomwaffenverbot ist nach wie vor dringend – auch wenn man sich gewahr ist, dass diplomatische Verhandlungskunst hier an Grenzen stossen kann.

Überholte Bedrohungsszenarien

Weitere Einsichten vermittelt die politische Ökonomie der Rüstungsproduktion. Die aktuelle Tendenz einer pauschalen Aufstockung nationaler Militäretats geht aus pazifistischer Sicht in die völlig falsche Richtung. Europa braucht vielmehr ein koordiniertes Verteidigungsdispositiv, denn ein solches kann enorme Synergien freisetzen. Es ist, im Falle der Schweiz, auch völlig verlogen, die Wehrbereitschaft stärken zu wollen und gleichzeitig Russland mit High-Tech zu versorgen, die es für eine hybride Kriegsführung gegen ganz Europa inklusive das Lieferantenland verwenden kann. Und darüber hinaus auch noch als Rohstoffdrehscheibe zu fungieren, welche die Volkswirtschaft und Staatskasse des potenziellen Aggressors bedient.



Jakob Tanner ist emritierter Professor für die Geschichte der Neuzeit und Schweizer Geschichte an der Universität Zürich und gehörte der Bergier-Kommission an. In der Juni-Ausgabe der **FRIEDENSZEITUNG** schrieb er zu den unheimlichen Vorläufern der sogenannten Neutralitätsinitiative.

Im Übrigen zeigt der Abwehrkampf, den die Ukraine seit bald vier Jahren führt, dass kriegsentscheidende Waffensysteme – insbesondere die Drohnentechnologie – bei Kriegsbeginn noch gar nicht existierten. Statt statisch für ein überholtes Bedrohungsszenario aufzurüsten, gilt es, jene technologischen Fähigkeiten zu entwickeln, die dann, wenn es nötig würde, die Produktion avancierter Verteidigungsmittel sicherstellen. Die Vergabe von Rüstungsaufträgen an Shareholder-Konzerne führt hingegen nicht bloss zu raketenhaften Renditen für Privatinvestoren, sondern verstärkt die Ausbreitung von Waffensystemen, die in Krisengebieten vor allem gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden.

In vielen Erdregionen toben Kriege, die sich nicht mehr stoppen lassen, weil sie zum Überlebensmodus zynischer, verbrecherischer Machthaber geworden sind. Der stete Zufluss an Kriegsmaterial hält diesen Zustand aufrecht und verschärft diese Notlagen. Wenn jedes Land darüber klagt, dass es «seine» Rüstungsindustrie nur halten kann, wenn Exportlockungen beschlossen werden, ruiniert eine solche Haltung eine robuste Weltordnung.

Unverrückbare Leitsterne

Die aktuelle Fixierung auf militärische Abwehrmittel gegen einen Aggressor von aussen unterschätzt die Gefahren, die sich im Innern europäischer Länder und auch in den USA abzeichnen. Aus pazifistischer Sicht ist der Kampf gegen rechtsextreme und nationalchauvinistische Parteien, die im Chor mit Autokratien das «Recht des Stärkeren» predigen, vordringlich. Wenn solche Kräfte, die schon heute mit Russland paktieren, die Macht übernehmen könnten, wenn sich Gesellschaften unter ihrem Einfluss von demokratischen Strukturen und rechtsstaatlichen Verfahren abwenden würden, dann befänden sich all die modernen Waffenarsenale, die nun angeschafft werden, unvermittelt auf der falschen Seite.

Solche Problemstellungen zeigen, dass Frieden nur politisch gesichert werden kann. In der aktuellen Polykrise, in der sich ökologische, soziale, technische, mediale sowie andere Probleme überlagern und wechselseitig zuspitzen, muss die Diskussion um eine Friedenspolitik auf der Höhe der Gegenwart und mit Blick in die Zukunft neu geführt werden. Demokratie, Menschenrechte, Völkerrecht und Gewaltverbot sind die unverrückbaren Leitsterne.

Die Kolumne von Balthasar Glättli

Lex Rüstungsindustrie statt Lex Ukraine

Sie hat ernst gemacht mit der Lex Rüstungsindustrie, die Mehrheit der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats (SiK-N). SVP bis Mitte einigten sich auf die Schleifung des Kriegsmaterialgesetzes.

Definitiv beerdigt wurden dagegen alle Versuche, Ausnahmeregeln für die Ukraine – und künftige Opfer eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges – zu finden. Den entsprechenden Vorstoss hat die SiK-N gegen die Stimmen von SP, Grünen und Grünliberalen zurückgezogen. Damit ist klar. Es gibt keine Lex Ukraine. Aber wohl bald eine Lex Rüstungsindustrie.

Wenn dieser Plan aufgeht, ist auch ein Referendum gewiss. Es dürfte an der Urne Chancen haben. Laut dem Entwurf hätte der Bundesrat nämlich künftig die weitreichende Kompetenz, bei Waffenexporten in alle Staaten der Welt von den heutigen harten Ausschlusskriterien (zum Beispiel bei schweren Menschenrechtsverletzungen) abzuweichen. Die Voraussetzungen dafür sind maximal offen formuliert.

Es braucht bloss «ausserordentliche Umstände und aussen- oder sicherheitspolitische Interessen der Schweiz». Der zweite Teil, die sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz, ist aktuell aus Sicht von Bürgerlichen und Bundesrat konstant gegeben. Weil die Schweizer Rüstungsindustrie auf Exporte angewiesen sei.

Direkte Waffenexporte dürfte der Bundesrat unter – nicht weiter eingeschränkten – «ausserordentlichen Umständen» neu also auch an Empfängerstaaten bewilligen, wenn sie in einem Bürgerkrieg sind oder die Menschenrechte systematisch verletzen. Oder wenn ein hohes Risiko besteht, dass die Waffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden. So wären auch direkte



Rüstungsexporte nach China, Myanmar, Äthiopien, Nicaragua, Venezuela oder in die Vereinigten Arabischen Emirate nicht mehr ausgeschlossen.

Die Nichtwiederausfuhrerklärung würde zudem grundsätzlich für alle Staaten abgeschafft. So wären direkte Waffenlieferungen an die Türkei möglich, welche diese dann an den Sudan weiterleiten könnte – oder solche an die USA, auch wenn diese dann Israel, Saudiarabien, Ägypten oder Jordanien beliefert.

Für die Unterstützung der Schweizer Rüstungsindustrie nimmt eine Mehrheit also sehenden Auges in Kauf, dass Schweizer Waffen bald da und dort in militärischen Konflikten zum Einsatz kommen. Unerträglich.

(Siehe dazu auch die Seiten 12 und 13.)

Balthasar Glättli (*1972) ist seit 2011 Nationalrat der Grünen. Er ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK-N) und der Staatspolitischen Kommission (SPK-N).

Handeln statt Hoffen

80 Jahre Schweizerischer Friedensrat 1945–2025

Jubiläumsveranstaltung

Samstag, 6. Dezember 2025,
11–19 Uhr

Kirchgemeindehaus
Aussersihl
Saal Dorothee Sölle
Stauffacherstrasse 8, Zürich

Schweizerischer
Friedensrat SFR

Leitlinie Uno-Charta

Der Fall der Berliner Mauer, unser Engagement für eine sinnvolle Nutzung der Friedensdividende mit einer Umverteilung von militärischen zu zivilen Investitionen, die Hoffnung auf eine regelbasierte, kollektive Sicherheit unter Führung der UNO und der OSZE, ein Waffenausfuhrverbot – diese Elemente charakterisierten das politische Umfeld, in dem ich in den 1990er-Jahren als Präsidentin der friedenspolitischen Initiativen den Schweizerischen Friedensrat kennenlernte.

Unsere Volksinitiativen lösten auch innerhalb der linken und friedenspolitisch orientierten Organisationen kon-

troverse Diskussionen aus. Das Spannungsfeld reichte von der GSoA mit ihrem Ziel der totalen Abschaffung der Armee bis hin zu PragmatikerInnen, die sich für eine markante Verkleinerung und Modernisierung der Armee sowie für Einsätze in friedenserhaltenden Missionen aussprachen. Hinzu kamen kirchliche Kreise mit ihren breiten, friedens- und entwicklungspolitischen Ansätzen. Eine vielfältige Mischung unterschiedlicher Argumentationen – und mittendrin der Schweizerische Friedensrat mit seinem klaren Kompass: Leitlinie unseres Handelns ist die UNO-Charta. Nicht nur darauf konnte ich mich verlassen, sondern ebenso auf das Engagement seiner Mitglieder, wenn es darum ging, Unterschriften zu sammeln und Abstimmungskämpfe zu führen.

Seit Jahrzehnten liefert der Friedensrat zu zentralen Themen der Friedens- und Sicherheitspolitik kluge und unbestechliche Analysen. Ebenso dient er als Plattform zur Erarbeitung komplexer Positionen, wie aktuell zur Neutralität der Schweiz. Er bleibt kontinuierlich an den Themen, die uns so wichtig sind, auch wenn sie heute nicht Hochkonjunktur haben. Dafür danke ich Ruedi, Peter, Maria, Jenny und all den anderen AktivistInnen des Friedensrats von ganzem Herzen. Es braucht Euch jetzt vielleicht mehr denn je. Wenn alle ins Horn blasen, hört man einzelne Stimmen weniger, als wenn die meisten verstummen. Ich wünsche dem Schweizerischen Friedensrat deshalb die Kraft, uns auch in den kommenden Jahren mit seiner Gradlinigkeit Grundlagen zum gemeinsamen Handeln zu bieten.

Barbara Haering, Präsidentin des Genfer Internationalen Zentrums für Humanitäre Minenräumung GICHD, Mitglied der Kommission für vermisste Personen ICMP.



Drei Treffen des Friedensrates

Rückblick auf drei Jubiläumstreffen des Friedensrates, die ich damals mitgestalten konnte – eines war zum 50. Geburtstag des Schweizerischen Friedensrates, die zwei weiteren fanden 60 Jahre nach dessen Gründung statt.

1995 50 Jahre Friedensrat – Feier im Kinderdorf Pestalozzi in Trogen zu «Politik und Kultur für den Frieden». Dazu äusserten sich u.a. Leni Robert, Andi Gross, Hansjörg Braunschweig. Eveline Hasler las aus ihrem Dunant-Roman. Franz Hohler steuerte zum Thema Frieden Texte und Lieder bei.

2005 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – zwei Veranstaltungen in der Ostschweiz:

A. Friedens-Pilgerweg im Dreiländereck am Bodensee. Wir besuchten an diesem Wochenende sechs Stationen: 1. Das Jüdische Museum im vorarlbergischen Hohenems, 2. den Rhein-Übergang in Diepoldsau beim Rohr, den Juden und Jüdinnen 1940 auf ihrer Flucht in die Schweiz passierten und wo sie dank Paul Grüninger, dem St. Galler Polizeichef, nicht zurückgeschickt wurden, 3. das Henry-Dunant-Museum in Heiden,





4. das Haus «Sonneblick» in Walzenhausen, wo damals Flüchtlingspfarrer Paul Vogt und Flüchtlingsmutter Gertrud Kurz gewirkt hatten, 5. im Städtchen Rheineck las uns Ruth Erat eigene Texte zum Thema Frieden vor, 6. die Friedens-Räume in Lindau (D).

B. Seminar zu Friedensperspektiven – ein verlängertes Wochenende im Kinderdorf Pestalozzi in Trogen. Im Gedenken an den Abwurf der Atombombe über Hiroshima vor damals genau 60 Jahren widmeten wir uns Friedensvisionen von 1945, 1989 und 2005. Elisabeth Stern vom Kinderdorf porträtierte Walter Robert Corti und Elisabeth Roten als VisionärInnen von 1945; Anuti Corti war als Ehrengast unter uns. Über die grosse Wende von 1989 in der DDR sprach Hansjörg Weigel, Begründer des Friedensseminars in Königswalde. Die sicherheitspolitische Situation von damals skizzierte Urs Marti von der Universität Zürich. Ihren Einsatz für den Frieden schilderten sodann FriedensaktivistInnen aus drei Generationen: Fridolin Trüb, Ruedi Tobler und Franziska Wenk. Weitere Referate, Gruppengespräche und ein kultureller Abend mit Urs Stieger und Dragica Rajcic rundeten das Programm ab.

Arne Engeli war Präsident des Friedensrates von 1992–1997.

1979, vor 46 Jahren, las ich in einer kleinen Anmerkung in einem Handbuch zur Schweizer Geschichte, dass Anfang der 1960er-Jahre zwei Volksabstimmungen zur Atombewaffnung der Schweizer Armee stattgefunden haben. Davon hatte ich keine Ahnung gehabt. Das sollte keine «Fussnote der Geschichte» bleiben, fand ich und beschloss, darüber meine Abschlussarbeit zum Geschichtsstudium in Zürich zu schreiben. In den fünfziger Jahren, man glaubt es heute kaum, wollte nämlich der Bundesrat für die Armee Atomwaffen beschaffen.

Die «Schweizerische Bewegung gegen atomare Aufrüstung» lancierte dagegen eine Volksinitiative, und es gelang, eine Bewegung zu initiieren, die trotz verlorener Volksabstimmung (1962) anschliessend mit den jährlichen Ostermärschen eine beachtliche friedensbezogene Wirkung entfaltete (eine zweite Initiative, die einen Beschaffungsbeschluss dem Referendum unterstellen wollte, wurde 1963 auch abgelehnt). 1969 unterzeichnete die Schweiz dann den Atomsperrvertrag. Der Bundesrat hielt sich aber die nukleare Option offen für den Fall, dass der Atomsperrvertrag scheitern sollte.

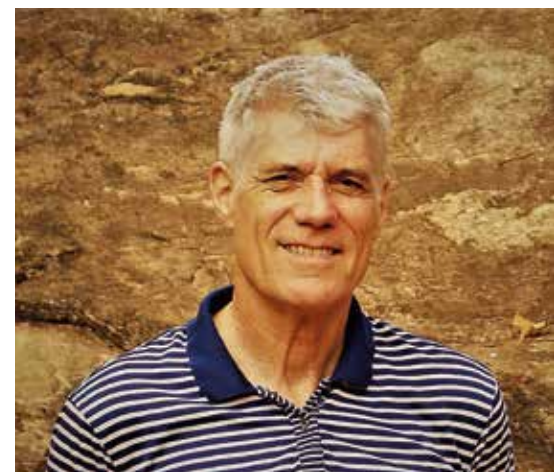
Bei den Recherchen zu meiner Lizentiatsarbeit lernte ich unter anderem Willi Kobe, Hans Steiger, Hansjörg Braunschweig und vor allem Ruedi Tobler und damit den Schweizerischen Friedensrat kennen, dessen Existenz mir zuvor ebenfalls unbekannt gewesen war. 1981 wurde ich zum Sekretär des SFR gewählt. Hier traf ich auf ein Friedensverständnis, das Atomwaffenkritik beinhaltete, aber viel umfassender war und mich deshalb stark angesprochen hat.

Trotzdem wurde dann, 20 Jahre nach der Abstimmung über ein Atomwaffenverbot, wegen der Stationierung amerikanischer und sowjetischer atomarer Mittelstreckenraketen ab 1981 das Engagement gegen die Atomwaffengefahr europaweit erneut nötig. Ab 1982 waren wir vom SFR zentral an den schweizerischen Ostermärschen und anderen Protestformen beteiligt.

Vom SFR aus griffen wir dann auch die ebenfalls absurde Idee auf, dass man mittels eines Kriegs-Zivilschutzes einen Atomkrieg überleben und dann wieder aus der Unterwelt-Schweiz hervorkriechen und weitermachen könnte wie vorher (eine angepasste Kopie des

amerikanischen «duck and cover»-Slogans). Nein, die Schweiz sollte sich vielmehr für Rüstungskontrolle und Atomwaffenabrüstung engagieren, versuchen, Kriege zu verhindern. Wie erwähnt, haben mich am Friedensrat immer das breite Friedensverständnis und die entsprechend vielfältigen Vorgehensweisen und Aktionsformen interessiert: Friedens- und Menschenrechtsförderung, Rüstungskontrolle und Abrüstung, Zivildienst, Friedensforschung, grundsätzliche Beschäftigung mit Gewalt, Waffenausfuhrkontrolle und -rückbildung, engagierte Aussenpolitik der Schweiz mit Völkerrechts- und Menschenrechtsorientierung und kooperativer Sicherheit als deren Ziel, statt unter Bezug auf eine fast schon identitäre Ego-Neutralität nur den eigenen materiellen Vorteil im Auge zu behalten. Dabei sei nicht zu vergessen, dass jahrzehntelang auch der Uno-Beitritt zu dieser Liste gehörte.

Markus Heiniger studierte Geschichte, arbeitete beim Schweizerischen Friedensrat und der **FRIEDENSZEITUNG**, bei der Entwicklungsorganisation Helvetas (u.a. in Sri Lanka) und beim Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA (u.a. in Nepal). Publiizierte u.a. zur Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und zur Friedensförderung der Schweiz.



Handeln statt Hoffen

80 Jahre Schweizerischer Friedensrat 1945–2025

Jubiläumsveranstaltung

Samstag, 6. Dezember 2025,
11–19 Uhr

Kirchgemeindehaus
Aussersihl
Saal Dorothee Sölle
Stauffacherstrasse 8, Zürich

Schweizerischer
Friedensrat SFR

Kampf für Kultur und Aufklärung

Demokratische Staaten brauchen keinen Krieg. Sie können Konflikte durch Dialog und Verhandlungen lösen. Krieg brauchen die Diktaturen. Sie müssen ihrer Bevölkerung ein Bild der ständigen Bedrohung vermitteln – das Gefühl, von Feinden umzingelt zu sein. So lassen sich alle Unzufriedenen als «ausländische Agenten» brandmarken, und das Volk wird gezwungen, sich um den «Führer» zu scharen, um das Vaterland zu verteidigen. Kriege werden so lange weitergehen, wie es auf der Erde noch Diktaturen gibt. Darum ist der Kampf für den Frieden kein Kampf für Abrüstung, sondern ein Kampf gegen die Diktaturen selbst.

Das Grundproblem liegt darin, dass ein grosser Teil der Menschheit immer noch in einem archaischen Stammesbewusstsein verharret. Viele Menschen identifizieren sich als Teil ihres Stammes. Ich sehe das am Beispiel Russlands: Wir, die Russen, sind gut, aber umgeben von Feinden, die uns vernichten wollen. Deshalb führen wir ständig Krieg, müssen unser Land und unsere Sprache verteidigen und uns um unseren Führer scharen, der für alles verantwortlich ist und besser weiss, warum wir sterben sollen.

Die Entwicklung der Menschheit führt jedoch vom Stammesbewusstsein

zum individuellen Bewusstsein. Nicht mein Volk oder mein Führer, sondern ich selbst entscheide: Was ist gut und was ist böse? Wenn ich sehe, dass mein Volk Böses tut, dann stehe ich gegen mein Volk, gegen mein Land. Mein Land tut heute Böses – deshalb unterstütze ich die Ukraine. In meiner Heimat hat man mich dafür zum Feind erklärt, zum «ausländischen Agenten».

Der Weg vom Stammesdenken zur individuellen Verantwortung führt nur über Kultur, Bildung und kritisches Denken. Darum war die echte Kultur in Russland seit jeher der Hauptfeind. In der Russischen Föderation gibt es Hunderttausende von Schulen. In jeder hängt ein Porträt von Tolstoi. Doch kein Lehrer würde daneben das Zitat anbringen: «Patriotismus ist Sklaverei.»

Denn das Ziel des russischen Bildungssystems ist nicht Aufklärung, sondern Gehorsam – die Erziehung gefügiger «Patrioten», bereit, für das «Vaterland» (lies: das Regime) zu sterben. Die Verbrecher im Kreml glauben, dass sie das Monopol auf alles besitzen: auf das Territorium, auf das Volk, sogar auf die Sprache. Wer Russisch spricht, gilt als ihr Sklave; wo Russisch gesprochen wird, dort ist ihr Land. Aber ich spreche Russisch – und ich bin nicht ihr Sklave.

Das Stammesdenken breitet sich heute überall aus: Let's make America (Russia, Germany, Hungary usw.) great again! Dem lässt sich nur mit Kultur und Bildung entgegenreten. Der Kampf für den Frieden ist – und bleibt – ein Kampf für Kultur und Aufklärung.

Mikhail Schischkin ist russischer Schriftsteller und Publizist und lebt seit 1995 in der Schweiz. Seit dem Krieg gegen die Ukraine schreibt er u.a. für die **FRIEDENSZEITUNG** zu den Entwicklungen in Russland.



Liebe Adrema

Kennengelernt haben wir uns im Saal des «Gartenhofs», Anfang der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts. Damals, als der Nato-Doppelbeschluss und die damit verbundene atomare Aufrüstung uns aufrüttelte. Wir kamen vom Lande. Das Zürcher Oberland war damals noch deutlich weiter weg von der Grossstadt und der grossen Politik. Wir haben eine «Friedensgruppe Zürcher Oberland» gegründet. Ein bunter Mix, aber in der Mehrheit eher etwas unpolitisch. Die unterschiedlichsten Strömungen sind da vertreten, auch diejenigen, die mit der «armen Sowjetunion» sympathisierten. Schon bald wird mir diese einseitige Ausrichtung unheimlich.

Irgendwann gingen Regula Forster und ich an eine Koordinationssitzung des «Aufruf für einen Ausbruch aus dem Irrenhaus» in den Gartenhof. Spähten zuerst vorsichtig durch die Fenster. Im Saal sassen viel Menschen mit sehr ernsthaften Mienen. Der Grundgedanke, dass Frieden, soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und Demokratie unteilbar sind, ist dort für mich erlebbar geworden. Das hat dann besser gepasst. So kamen wir wieder.

Im Gartenhof habe ich dann schon bald Dich kennengelernt. Du standest da in diesem Saal, dessen Wände voll mit Ablagefächern für irgendwelche Publikationen belegt waren und es bis heute geblieben sind. «Adrema» stand auf deinem Gestell. Du bist das Herz der entstehenden Bewegung. Dein Rattern erfüllt alle zwei Wochen den Saal, wenn tausende von Friedenszeitungen adressiert werden. Ich füttere dich vorne, andere nehmen hinten die Zeitungen entgegen, bündeln, schreiben die Bündel an, füllen die Postsäcke. DG 8400, DG 1000, DG...

Du bist unser Whatsapp, Insta und Facebook in einem. Dank dir werden die Beiträge aus Ost und West hinausgetragen. Roland Jahn aus Jena, Györgi Konrad aus Ungarn, Mary Kaldor aus England, Andreas Zumach aus Deutschland, und natürlich die Überlegungen eines Hansjörg Braunschweig, von Ginevra Signer, Ruedi Tobler, Peter Weisshaupt, Markus Heiniger, Jakob Tanner, Rosemarie Meier, Chrige Perren und den Virus-Frauen. Ich sauge diese Beiträge auf, und dank Dir liegen sie dann einen Tag später in den Briefkasten.

Bewegungen kommen und gehen, Nach den riesigen Demonstrationen, dem Ostermarsch in Basel, der Menschenkette von Bern, geht das Interesse an den Friedensthemen zurück. Du ratterst nur noch einmal im Monat, und dann, ja dann bist Du weg, weil der Versand direkt in der Druckerei erfolgt. Es war eine schöne Zeit mit Dir! Heute wäre ein Ausbruch aus dem Irrenhaus dringender denn je. Und die Unteilbarkeit von Frieden nach wie vor eine Leitlinie für den Einsatz – in DG 8400 oder wo auch immer.

Matthias Erzinger ist Rentner in Winterthur. Er war Aktivist der Gruppe Wiwonito (Wir wollen nicht zu Tode verteidigt werden).

Nicht aufregend, aber nötig

Als junge Frau hat mich das Buch «Das Boot ist voll» von Alfred A. Häslar sehr beeindruckt und erschüttert. Wahrscheinlich hat es mich fürs Leben geprägt. Das Buch schildert, wie unmenschlich und juristisch spitzfindig die selbst während des Zweiten Weltkrieges wohlhabende Schweiz mit Jüdinnen und Juden umgegangen ist.

Häslar erwähnte im Buch auch Gertrud Kurz, Leiterin des CFD in Bern, die die Verfolgten unterstützt hat. Mir wurde klar: Mit ihr wollte ich arbeiten. Ich rief sie an. Unkompliziert, wie sie war, stellte sie mich im Februar 1970 gleich an. Gertrud Kurz sass für den Christlichen Friedensdienst (CFD) im SFR-Vorstand. Alt und körperlich etwas gebrechlich geworden, schickte sie mich ab und zu an die SFR-Sitzungen. An den internationalen CFD-Kongressen trug ich ihr die Akten. Später war ich internationale CFD-Delegierte und wurde in den Vorstand des Friedensrates gewählt.

In meiner Freizeit blieb ich sehr aktiv bei der IdK (Internationale der Kriegsdienstgegner), die sich für einen Zivildienst in der Schweiz und gegen den Vietnamkrieg einsetzte. Sehr wichtig und eigenwillig war der Präsident Arthur Villard (früher auch im SFR-Vorstand), welcher nach 1100 Tagen Militärdienst aus Solidarität mit den Militärdienstverweigerern seinen letzten Wiederholungskurs verweigert hatte.

Der Friedensrat hat sich von der grossen Dachorganisation mit damals 22 Mitgliedern zu einer eigenen Friedensorganisation gewandelt. Dadurch hat er wahrscheinlich an Einfluss verloren, wurde allerdings beweglicher und politischer. Und die **FRIEDENSZEITUNG** mit den fundierten Analysen und Bücherbesprechungen ist vielfältig geworden.

Im Friedensrat habe ich gelernt, dass wir nie ausgelernt haben. Das war wahrscheinlich mit ein Grund, dass ich den Vorstand verliess, als ich Solifonds-Koordinatorin wurde. Ich musste viel anderes dazu lernen. Auch habe ich meine Mühe, mich mit Waffen- und Rüstungsfragen theoretisch zu befassen, nie überwunden. Ein Beispiel: Am Ostermarsch '82 im Dreieckland war ich Rednerin an der Schlussveranstaltung auf dem Münsterplatz in Basel. Es ging um den Nato-Doppelbeschluss. Ich las



mich ein. Bald merkte ich, dass mich die Menschenrechte, der Kampf gegen die Apartheid in Südafrika mehr beschäftigten. Allerdings hat es im Friedensrat viele grossartige Spezialisten und Spezialistinnen in Rüstungsfragen; und es wimmelt von vielen vernünftigen Menschen, die schon immer unter keinen Helm passten.

Der Friedensrat ist nicht aufregend, aber nötig. Ich leide mit, wenn er wieder mal zu einer Spende aufruft, so, als würde er sonst gleich verenden. Die Menschen im Vorstand, in der Redaktion und die Freiwilligen sind Spitze. Ich wünsche dem Friedensrat, dass er finanziell auf einen grünen Zweig (auch ohne Taube) kommt und ohne Not arbeiten kann.

Ginevra Signer ist fast so alt wie der Friedensrat. Italienische Mutter, Französin wegen des Vaters, seit 1953 in der Schweiz; eidgenössisch diplomierte Erwachsenenbildnerin und lic.iur., erste Koordinatorin des SOLIFONDS. In jungen Jahren sehr aktiv bei der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK); CFD-Mitarbeiterin und Mitglied im Vorstand des Schweizerischen Friedensrates (SFR); Mitarbeiterin der Berner Kirche mit Schwerpunkt Entwicklungspolitik (OeME); 2003-2007 Gewerkschaftssekretärin für Gleichstellung in der Gewerkschaft SMUV/Unia und Co-Präsidentin der SGB-Frauenkommission.

Handeln statt Hoffen

80 Jahre Schweizerischer Friedensrat 1945–2025

Jubiläumsveranstaltung

Samstag, 6. Dezember 2025,
11–19 Uhr

Kirchgemeindehaus
Aussersihl
Saal Dorothee Sölle
Stauffacherstrasse 8, Zürich

Schweizerischer
Friedensrat SFR

Glaubwürdig für Frieden eintreten

Als im Frühjahr 2022 russische Truppen Mariupol bombardierten, als in den ersten Tagen des russischen Grossangriffs Bomben auf Charkiw und andere ukrainische Städte fielen, appellierten die Ukrainerinnen und Ukrainer hoffnungsvoll an die internationalen Sicherheitsorganisationen, den Himmel über der Ukraine zu schliessen. Sie beriefen sich auf das Völkerrecht, das jedem Staat zugesteht, seine Zivilbevölkerung zu schützen.

Doch ihre Hilferufe verhallten ungehört. Im Verlauf des Angriffskrieges erlebten die Ukrainerinnen und Ukrainer mehrmals, wie fern die europäische Gemeinschaft, zu der ihr Land seit Jahren strebt, in entscheidenden Momenten schien – etwa, als Lieferungen lebenswichtiger Waffen blockiert wurden oder die Sanktionen gegen Russland als viel zu mild erschienen.

Der brutale russische Angriff auf die Ukraine hat nicht nur Städte und Dörfer verwüstet, nicht nur Zehntausende Menschenleben gefordert, Millionen in die Flucht getrieben und Tausende in russischer Gefangenschaft und auf den besetzten Gebieten Folter und Misshandlungen ausgeliefert, sondern auch die Glaubwürdigkeit des internationalen Rechts zutiefst erschüttert. Der Krieg hat offengelegt, dass selbst in



Ländern mit tiefgreifenden humanistischen und demokratischen Traditionen der politische Machiavellismus fortbesteht und dass Begriffe wie Frieden oder Pazifismus von führenden politischen AkteurInnen zunehmend für eigene Interessen instrumentalisiert werden. Einflussreiche und auch manche führende Parteien der westeuropäischen Länder scheuen sich nicht, «Friedensstiftung» auf Kosten des Opfers des Angriffskrieges zu betreiben und der Ukraine ihre Souveränität abzusprechen.

Die Welt braucht heute mehr Institutionen wie den Friedensrat – eine Stimme, die glaubwürdig und wirksam für einen gerechten, nachhaltigen Frieden eintritt und verhindert, dass das internationale Recht dem Zynismus wirtschaftlicher Interessen und internationaler Feigheit geopfert wird.

Halyna Petrosanyak, ukrainische Autorin und Übersetzerin, lebt seit 2016 in der Schweiz. Sie hat für die **FRIEDENSZEITUNG** Beiträge zur ukrainischen Literatur geschrieben.



Momentaufnahme

Ein kleiner runder Küchentisch
Ein Hahn, der tropft
Ein grosses Zimmer mit Büchern,
Klavier
Das Plakat einer Initiative,
der noch Unterschriften fehlen
Ein historisch überwachsenes Haus
Ein Hof, in dem kein Hund bellt
Ein Garten, goldrutenreich arm
Der Spekulation entzogen
Matcha und Mezze in der Nachbarschaft
Man sieht sich
Und übersieht zuweilen
Dass für manche der Krieg immer da war
In der Ferne, da liegt der Frieden
wie ein totes Reh auf der Strasse.

Ein Rat? Lange Diskussionen
Schweizerisch? International solidarisch
80 Jahre alt? Lebensaufgabe
Dachverband? Graswurzeln
Delegierte? Menschen
Neutral? Mitnichten
(Menschenrechte verpflichten)
Aufrüstung? Kollektive Sicherheit
Pazifistisch? Nicht im Dienst
des Verbrechens
Politisch? Durch und durch
Den Blick erweiternd
Auf eine Daseinsvorsorge
Ohne Gewaltstruktur
Ohne sich bannen zu lassen
von den Raketen, die wie Kometen
am Himmel erscheinen.

Heute deckst du den Tisch
Der Hahn kräht
Du nutzt den Raum, du liest dich durch,
du setzt die Noten
Du gibst deinen Namen
Du machst Licht gegen die Verdunkelung
Du redest für die,
die keine Stimmen haben
Du pflegst den Garten und erntest
Du teilst gerecht in der globalen Gemeinschaft
Du verteidigst die Vielfalt
Es gibt keinen Stellvertreterfrieden
Du bist der Mensch
Der die Angst abwirft
Und unverdrossen wie am ersten Tag
den Ort mitbaust, an dem die Zukunft
wohnen kann.

Simon Gaus Caprez ist Initiant der Umbrella Initiative

Vertrauenswürdig und treu

Ich weiss, mit diesen Eigenschaftswörtern gewinnt man keinen Blumentopf, ja erregt nur gerade ein mitleidiges Lächeln in der Werbebranche. Aber ich bleibe dabei. Friedensrat und **FRIEDENSZEITUNG** sind für mich seit Jahrzehnten Partner, vertrauenswürdig, weil sie Fakten Fakten nennen und Kommentare Kommentare, weil sie Stellung beziehen und die Fahne nicht nach dem Wind richten. Und da beginnt das andere Merkmal: sie sind treu.

Treue, einfach dranbleiben, auch wenn es nicht chic ist, bei der Wahrheit bleiben, auch wenn sie unangenehm und nicht Mainstream ist. Wo gibt es denn das noch? In der Hochsaison der Friedensbewegung – ja, die gab es vor noch nicht allzu langer Zeit – kamen neue Infoprodukte: Zeitungen, Zeitschriften, Bewegungsflyers. Das war gut. Bunte Blumen, Häppchen, Farben.

Ich suchte bei aller Freude über die Bewegungswelt immer nach der traditionell gestalteten FriZ, wie sie auch mal hiess, nach der Post vom Friedensrat. Wie Schwarzbrot nach einem Konditoreibesuch blieben Friedensrat und **FRIEDENSZEITUNG** nahrhaft und konstant. Sie nährten, nähren bis heute, sie sind die Kontinuität. Das ist gut so. Ich wünsche, dass sie bleiben.

Monika Stocker war Mitinitiantin der Frauen für den Frieden, Nationalrätin der Grünen und Zürcher Stadträtin.



Hansjörg Braunschweig

*8. Januar 1930 in Basel
†9. Februar 1999 in Dübendorf
Jurist, Kantons- und Nationalrat

Hansjörg Braunschweig war seit 1959 verheiratet mit Sylvia Braunschweig, geb. Häner; gemeinsam hatten sie eine Tochter und drei Söhne, mit denen er 1964 nach Dübendorf übermiedelte.

Hansjörg Braunschweig besuchte das Gymnasium in Basel und begann nach der Matura in Basel und Genf ein Rechtsstudium, das er als Dr. iur. an der Universität Basel 1956 abschloss. Seine frühe Prägung durch die Blankenburger und religiös-soziale Bewegung legte den Boden für sein lebenslanges Engagement. Er war Mitglied der Evang.-ref. Kirchensynode Basel-Stadt sowie des Verfassungsrats beider Basel.

Seit Mitte der 1950er-Jahre hat Hansjörg Braunschweig den Schweizerischen Friedensrat, dessen Präsident er von 1964 bis 1975 war, wesentlich beeinflusst. Ab Ende der Fünfzigerjahre wirkte er massgeblich am Aufbau der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung mit. Als Antwort auf den Bühl-Skandal, Ende der Sechzigerjahre, war das Landieren einer Waffenaufhebungs-Initiative sein Werk. Der Schwung dieser Bewegung führte zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot (ARW), deren Präsident Hansjörg Braunschweig von 1982 bis 1992 war. Jahrzehntlang setzte er sich für einen zivilen Ersatzdienst für Militärverweigerer ein, betätigte sich am Aufbau der ersten Beratungsstellen für Militärverweigerer und verteidigte Dutzende von Verweigerern vor dem Divisionsgericht.



Verena Ritter

*1934
†22. September 2015
Soziologin, Unesco-Beauftragte,
SGI-Aktivistin, Feministin



Verena Ritter studierte Soziologie in Bern und war wissenschaftliche Mitarbeiterin der Berner Gesundheits- und Fürsorgedirektion. Im Auftrag der Unesco war sie lange in Bhutan als Beraterin des Königs tätig.

Den Einstieg in die Friedensarbeit fand Verena Ritter beim internationalen Zivildienst (SDI) in den 1950er-Jahren. Sie nahm an zahlreichen Freiwilligenlagern in Norwegen, Island und Griechenland teil. Im Jahr 1960 stiftete sie in Berlin-Spandau lebte sie ebenfalls einen längeren Einsatz. Die Verständigung über Landesgrenzen hinaus sowie die Entwicklungszusammenarbeit waren ihr von Anfang an besondere Anliegen.

Als 1964 Hansjörg Braunschweig das Amt des Präsidenten, von Jules Humbert-Droz, übernahm, wurde Verena Ritter ins «Büro» gewählt; so hiess damals das Leitungsgremium des SFR. Daraufhin folgten die fruchtbarsten Jahre des Schweizerischen Friedensrates. Viele Dokumente dieses Zeitabschnitts, ab 1964 bis in die 1970er Jahre zeugen vom herausragenden Engagement Verena Ritters.

In einer Studienkommission des Forums Helveticum setzte sich Verena Ritter für die Schaffung eines Zivildienstes und ganz besonders für die Gründung eines Schweizerischen Friedensinstitutes ein. Ihre engagierte Arbeit in dieser Studienkommission verschaffte Verena Ritter landesweit grossen Respekt und Anerkennung.

Jules Humbert-Droz

*23. September 1891 in La Chaux-de-Fonds
†16. Oktober 1971 in La Chaux-de-Fonds
Schweizer Pastor, Journalist und Kommunist



Jules Humbert-Droz war verheiratet mit Jenny Humbert-Droz, geb. Perret; eine Sozialistin, Frauenrechtlerin und Autorin, die eine Biografie über ihren Mann verfasste.

Jules Humbert-Droz studierte Theologie an der Universität Neuchâtel, das er mit einer Arbeit über die Beziehung zwischen Christentum und Sozialismus im Jahr 1918 abschloss und nahm daraufhin eine Stelle als Pastor in La Chaux-de-Fonds an.

Nach seiner Freilassung einer sechsmonatigen Haftstrafe, wegen Kriegsdienstverweigerung, war er ab 1916 Redakteur der sozialistischen Tageszeitung «la sentinelle». 1919 übersiedelte er nach Moskau wo er Sekretär der Kommunistischen Internationale für die romanischsprachigen Länder in Westeuropa und Südamerika wurde. Zurückgekehrt in die Schweiz wirkte er 1921 bei Gründung der Kommunistischen Partei der Schweiz, KPS, mit und wurde ihr Sekretär. Aufgrund latenter Konflikte mit der stalinistischen Fraktion in der KPS und seinen Bemühungen einen Zusammenschluss mit der Sozialdemokratischen Partei zu bewirken, wurde er 1943 aus der Partei ausgeschlossen. Von 1947 bis 1959, nach Wiederbeitritt in die SPS, wurde er deren Zentralsekretär.

In späteren Jahren widmete sich Jules Humbert-Droz engagiert einer atomaren Aufrüstung der Schweiz, was 1945, zusammen mit Clara Ragaz, zur Gründung des Schweizerischen Friedensrates führte, dessen Präsident er bis 1964 war.



In den 1950er-Jahren widmete Jules Humbert-Droz seine literarische Tätigkeit der Schweizerischen Friedensbewegung, die Atomkraft ausser Acht liess. Jules Humbert-Droz verfasste die dritte Nummer des Schweizerischen Friedensrates «Was, was ist?». Paul Slatkine veröffentlichte sie.



KORREKTUR REFERENDUM

Referendum gegen die Aufweichung des Kriegsmaterialgesetzes ab Januar 2026

Jetzt kommt die Korrektur der Korrektur

Der Ständerat hat die Vorlage zur Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes bzw. der Rückentwicklung der von der Korrekturinitiative angeregten Verschärfung der Waffenexportpraxis in der Herbstsession 2025 behandelt, der Nationalrat tut dies in der Winter-session am 19. Dezember 2025. Die bestehenden Differenzen zwischen den beiden Räten werden voraussichtlich noch während der Session ausgeräumt. Eine breite Allianz bereitet sich auf eine Referendumsammlung ab dem 7. Januar 2025 vor, die Vorlage könnte im September 2026 zur Abstimmung kommen.

RUAG-Granaten im Bürgerkrieg in Syrien, SIG-Sauer-Sturmgewehre im Bürgerkrieg im Jemen. Schweizer Waffen verursachen weltweit Leid und heizen bewaffnete Konflikte an. Dass Kriegsmaterial in Unrechtsstaaten landet, ist auf die Regeln für unsere Kriegsmaterialexporte zurückzuführen. Mit der Korrektur-Initiative wurden vor vier Jahren endlich klare und transparente Kriterien für Kriegsmaterialexporte in das Gesetz geschrieben. Das gefällt der Rüstungslobby nicht: Sie möchte diesen Erfolg deshalb rückgängig machen.

Unterstützung erhält sie vom Ständerat: Neu sollen Waffenexporte an diverse Staaten grundsätzlich bewilligt werden – darunter auch Ungarn und die USA. Und damit nicht genug: Diese Staaten sollen diese Waffen an andere Länder weitergeben können. Das war bisher nicht erlaubt. Das Tauziehen um

das Kriegsmaterialgesetz dauert schon seit Jahren an:

2008

Nach diversen Skandalen von Schweizer Kriegsmaterial in Kriegsgebieten führt der Bundesrat in der Kriegsmaterialverordnung (KMV) klare und transparente Ausschlusskriterien für Waffenexporte ein. In den folgenden Jahren verwässert der Bundesrat diese Regeln wieder zunehmend.

2016

Der Bundesrat ändert auf Druck der Rüstungslobby die Kriegsmaterialverordnung so, dass Exporte in Bürgerkriegsländer möglich sind. Es geht dabei vor allem um Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien, das zu dieser Zeit im Bürgerkrieg im Jemen Kriegsverbrechen begeht.

2018

Eine breite Allianz lanciert die Korrektur-Initiative. Diese fordert, die Kriterien für Kriegsmaterialexporte auf Gesetzesebene festzuschreiben. Anstatt dass der Bundesrat in Eigenregie über die Kriterien befindet, soll das Parlament die de-

mokratische Kontrolle über die Exportkriterien für Kriegsmaterial haben.

2021

Das Parlament nimmt einen zufriedenstellenden indirekten Gegenvorschlag der Korrektur-Initiative an. Es verzichtet auf eine Ausnahmekompetenz für den Bundesrat. Deshalb zieht die Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer ihre Initiative zurück.

2022

Die Änderung des Kriegsmaterialgesetzes tritt in Kraft. Die Kriterien für Waffenexporte sind somit erstmals klar im Gesetz festgeschrieben.

2023

Nur ein Jahr später beginnt die Rüstungslobby mit zahlreichen parlamentarischen Vorstössen an den Errungenschaften der Korrektur-Initiative zu rütteln.

2025

Das Parlament beschliesst eine Gesetzesänderung, die die Errungenschaften der Korrektur-Initiative komplett aushöhlt und Kriegsmaterialexporte in Unrechtsstaaten erlaubt.

Die FRIEDENSZEITUNG zur Korrektur der Korrektur

1 «Wird das Kriegsmaterialgesetz einfach ausgehebelt?» Kaum ein Jahr nach Inkrafttreten des Gegenvorschlags zur sogenannten Korrekturinitiative will der Ständerat die verschärften Bewilligungskriterien wieder rückgängig machen; in: **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 47, Dezember 2023.

2 «Die Abweichungskompetenz des Bundesrates»: Der Bundesrat folgt dem Ständerat und gibt eine Aus-

nahmebewilligung des Bundesrates für Waffenexporte in die Vernehmlassung; in: **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 49, Juni 2024.

3 «Korrektur der Korrektur»: Der Bundesrat gibt die Botschaft für die Revision des Kriegsmaterialgesetzes ans Parlament; in: **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 52, März 2025.

Faktenblatt zur Revision des Waffenausfuhrgesetzes

Der am 10. November 2025 von der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates beschlossene Entwurf des Kriegsmaterialgesetzes (E-KMG) lockert sowohl die direkten Exporte aus der Schweiz wie auch die Weitergabe von aus der Schweiz gekauften Kriegsmaterial massiv:

Direkte Ausfuhren aus der Schweiz

– Bei allen Staaten der Welt darf der Bundesrat gemäss Art. 22b E-KMG von den harten Ausschlusskriterien abweichen, wenn vage Kriterien erfüllt sind (ausserordentliche Umstände und ausser- oder sicherheitspolitische Interessen der Schweiz). Selbst dann, wenn die Staaten in einem Bürgerkrieg sind oder Menschenrechte systematisch verletzen und wenn ein hohes Risiko besteht, dass die Waffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden.

Kurz: Direkte Exporte von Kriegsmaterial sind an alle Länder der Welt erlaubt, ausser sie unterstehen einem Waffenembargo des Uno-Sicherheitsrates oder befinden sich in einem internationalen bewaffneten Konflikt (was gemäss Gleichbehandlungsgebot des Neutralitätsrechts, Art. 9 des Haager Abkommens, nicht erlaubt ist – einseitige Kriegsmateriallieferungen an die Ukraine bleiben also ausgeschlossen). Hingegen wären direkte Kriegsmaterialexporte aus der Schweiz an China, Indien, Pakistan, Myanmar, Äthiopien, Vereinigte Arabische Emirate, Nicaragua, Venezuela u.v.m. erlaubt.

– Bei westlichen Ländern geht es sogar noch weiter: Kriegsmaterial kann gemäss E-KMG in Zukunft an 25 Länder (siehe Anhang 2 der Kriegsmaterialverordnung) geliefert werden, selbst wenn sie in einen internationalen bewaffneten Konflikt involviert sind (Art. 22a Abs. 2^{bis} E-KMG). Wenn z.B. die USA den Iran angreifen, dürfte die Schweiz Kriegsmaterial gemäss KMG einseitig an die USA liefern. Falls Argentinien die Falklandinseln angreifen würde, dürfte die Schweiz sowohl Grossbritannien wie auch Argentinien Waffen liefern. Falls China Taiwan angreifen würde und Japan in den Krieg eintreten würde, dürfte die Schweiz Japan Waffen liefern etc. Der Widerspruch zwischen E-KMG und Haager Abkommen (Neutralitätsrecht)

wird nicht aufgelöst, es sei denn, es werden stets beide Seiten beliefert (Schweizer Geschäftsmodell im Ersten und Zweiten Weltkrieg).

Weitergabe von Schweizer Kriegsmaterial

– Die Nichtwiederausfuhrerklärung wird grundsätzlich für alle Staaten abgeschafft (Art. 18 Abs. 1 E-KMG). Der Bundesrat kann eine Nichtwiederausfuhrerklärung zwar noch unter vagen Bedingungen (ausser-, neutralitäts- oder sicherheitspolitische Gründe) verlangen, muss aber nicht. Sprich: Die Schweiz kann in die Vereinigten Arabischen Emirate oder in die Türkei direkt liefern, wie sie das in der Vergangenheit gemacht hat, und die Waffen können anschliessend an den Sudan weitergeleitet werden (denn das Waffenembargo des Uno-Sicherheitsrates ist geographisch zu limitiert und wird umgangen). Die USA könnten beispielsweise Schweizer Waffen an Israel, Ägypten, Jordanien etc. weitergeben. Es wäre eine Frage der Zeit, bis Schweizer Waffen in zahlreichen Kriegen der Welt verwendet würden.

– Von nichtstaatlichen Endempfängern kann unter keinen Umständen eine Nichtwiederausfuhrerklärung verlangt werden (Art. 18 Abs. 1).

Weshalb die KMG-Änderungen der Ukraine nicht helfen

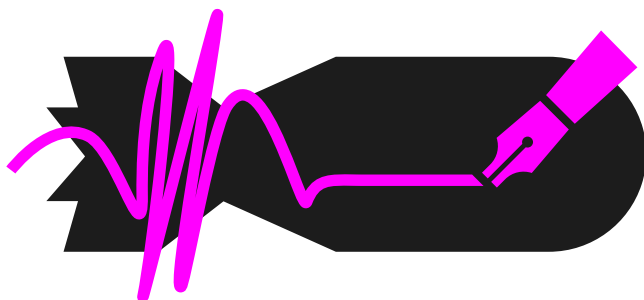
Die Ukraine profitiert weder von direkten Kriegsmaterialexporten aus der Schweiz noch von Wiederausfuhren:

– **Direkte Kriegsmaterialexporte aus der Schweiz:** Die Ukraine ist nicht im Anhang 2 der Kriegsmaterialverordnung aufgeführt: Sie ist also von der neuen Re-

gelung in Art. 22a Abs. 2^{bis} des E-KMG (die im Widerspruch zum Neutralitätsrecht steht) nicht betroffen. Direkte Exporte an die Ukraine sind nicht erlaubt, weil das Haager Abkommen dies ausschliesst. Genauer: Art. 9 des Haager Abkommens über das Neutralitätsrecht sagt, dass Kriegsparteien gleichbehandelt werden müssen. Die Schweiz könnte also der Ukraine Kriegsmaterial schicken, wenn sie auch gleich viel Kriegsmaterial Russland schicken würde. Das würde der Ukraine aber natürlich nichts bringen. Eine einseitige Waffenlieferung an die Ukraine ist ausgeschlossen.

– **Weitergabe von Schweizer Kriegsmaterial:** Das ursprüngliche Ziel der SP Schweiz war, westlichen Staaten (wie Deutschland, Dänemark, Spanien etc.) zu erlauben, der Ukraine ehemals Schweizer Kriegsmaterial weiterzugeben. Dies über die Regelung, dass eine Weitergabe erlaubt sein soll, wenn ein Staat in Selbstverteidigung gemäss Art. 51 der Uno-Charta handelt. Im E-KMG wurde diese Logik jedoch auf den Kopf gestellt: Anstatt nur der Ukraine zu helfen, werden Wiederausfuhren massiv gelockert, jedoch ohne die Ukraine zu unterstützen: Der neue Passus in Art. 18 Abs. 1 E-KMG ermöglicht es dem Bundesrat, eine Nichtwiederausfuhrerklärung zu verlangen, wenn «neutralitätspolitische Gründe dies erfordern». Die Position des Bundesrates war bisher, dass Wiederausfuhren an die Ukraine aufgrund neutralitätspolitischer Gründe nicht erfolgen können, weshalb der Bundesrat Wiederausfuhren in die Ukraine weiterhin nicht erlauben wird.

Faktenblatt der SP Schweiz 19.11.2025



ATOMWAFFENVERBOTSINITIATIVE

Endspurt bis 15.12.2025: Letzte Unterschriftenbogen einreichen!
Bei der Allianz für ein Atomwaffenverbot, Postfach, 8031 Zürich.

Eine ambivalente Beziehung

Russlands Verhältnis zur OSZE ist von Ambivalenz geprägt. Einerseits kritisiert Moskau die Organisation als Instrument des Westens, andererseits nutzt es seine Mitgliedschaft, um Projekte zu blockieren, Einfluss auszuüben und Propaganda zu verbreiten. Trotz der Spannungen rund um die Ukraine ist es wenig wahrscheinlich, dass Russland aus der OSZE austritt.

/Vassily Klimentov, Jeronim Perović /

Die Gründung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) war eine seit Langem bestehende Idee der Sowjetunion, die bis in die 1950er-Jahre zurückreicht. An Bedeutung gewann sie erst in den 1970er-Jahren, als sich Europa strategisch gefestigt hatte und sich das politische Klima entspannte. In einem zweijährigen Verhandlungsmarathon von 1973 bis 1975 handelten Ost und West ein umfassendes Rahmenwerk für Sicherheit und gemeinsame Werte in Europa aus. Zwar betrachteten sich beide Blöcke als ideo-

logisch-politische Gegner, einigten sich jedoch mit neutralen und blockfreien Staaten auf die Schlussakte von Helsinki, die 1975 von allen europäischen Ländern (ausser Albanien), den USA, Kanada und der Sowjetunion unterzeichnet wurde.

Politische Charta für Europa

Die Schlussakte begründete den KSZE-Prozess, der aus drei «Körben» bestand. Der erste Korb definierte Sicherheitsverpflichtungen im Hinblick auf die staatliche Souveränität und die Grenzen in Europa, der zweite befasste sich mit der Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wissenschaft und Umweltschutz, und im dritten stand die Achtung der Menschenrechte und der individuellen Freiheiten im Vordergrund. Als politische Charta und nicht als rechtlich bindender Vertrag stellte die Schlussakte einen Kompromiss dar. Die UdSSR strebte über den ersten Korb die internationale politische Anerkennung der Grenzen nach dem Zweiten Weltkrieg und damit faktisch ihre Vormachtstellung in Osteuropa an. Allerdings rangen die USA und Europa den kommunistischen Regierungen die Zusage ab, die wichtigen Menschenrechtsprinzipien des dritten Korbs zu akzeptieren.

Anfang der 1980er-Jahre kam es nach der sowjetischen Militärintervention in Afghanistan und der Unterdrückung der Solidarność-Bewegung in Polen erneut zu starken Spannungen zwischen Ost und West. Die Kontakte im Rahmen der KSZE blieben jedoch bestehen. In den kommunistischen Ländern beriefen sich regierungskritische Gruppierungen bei ihren Forderungen nach politischer Öffnung und Menschenrechten auf den dritten Korb der Schlussakte. Mit der Charta als Bezugspunkt gelang es oppositionellen Kräften, Druck auf kommunistische Regime auszuüben.

Die Pariser Charta von 1990

Bei der Wiener Konferenz von 1989 wurden die KSZE-Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte vertieft und die Anforderungen für die Ankündigung von Militärübungen verschärft. Dies ebnete letztlich den Weg für die Pariser Charta von 1990. Inmitten der deutschen

Wiedervereinigung verkündeten die Unterzeichnerstaaten der Pariser Charta «das Ende des Kalten Krieges» und den Beginn einer neuen Ära der Demokratie, des Friedens und der Einheit.

Für Michail Gorbatschow, den letzten Staatschef der Sowjetunion, war die KSZE das ideale Instrument, um seine Vision eines «gemeinsamen europäischen Hauses» voranzubringen – einer paneuropäischen Sicherheitsordnung jenseits der Blöcke des Kalten Krieges. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR Anfang der 1990er-Jahre hofften Präsident Boris Jelzin und Außenminister Andrei Kosyrew ebenfalls, dass die KSZE eine Alternative zur Nato und die Grundlage für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur werden könnte.

Nicht zuletzt auf Drängen Russlands wurde die KSZE auf dem Budapester Gipfel 1994 zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) aufgewertet. Die OSZE richtete ständige Institutionen ein, darunter ein Sekretariat, das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, den Hohen Kommissar für nationale Minderheiten und den Beauftragten für Medienfreiheit. Zudem erweiterte sie ihren Wirkungsbereich über die 57 Teilnehmerstaaten (Europa plus die Staaten der ehemaligen UdSSR, USA und Kanada) hinaus auf elf Kooperationspartner im Mittelmeerraum und in Teilen Asiens.

Vom Kalten Krieg zum Kalten Frieden?

Zur Enttäuschung Russlands wurde die OSZE jedoch nicht zur Grundlage der europäischen Sicherheitsarchitektur nach dem Kalten Krieg. Beim Gipfeltreffen 1994 in Budapest warf Boris Jelzin US-Präsident Bill Clinton und den europäischen Staatschefs vor, sie würden «versuchen, den Kontinent erneut zu spalten». Zudem warnte er vor einem «kalten Frieden» in Europa. Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen gestalteten sich damals noch freundschaftlich, doch die Erwartungen Moskaus blieben unerfüllt und wurden später von Wladimir Putin wieder aufgegriffen: Der Kreml zeichnete nun ein Narrativ der Ausgrenzung und stellte die Nato-Erweiterung als eine gegen

2026 wird die Schweiz erneut den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) führen. Dass der Schweiz als erstem der 57 Mitgliedstaaten bereits zum dritten Mal (nach 1996 und 2014) der Vorsitz der OSZE übertragen wird, ist ein Zeichen der Krise. In der gespannten Situation, die Russlands Krieg gegen die Ukraine geschaffen hat, waren andere Kandidaturen nicht konsensfähig. 50 Jahre, nachdem in Helsinki die Schlussakte der damaligen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) verabschiedet worden ist, stellt sich die Frage, ob die Organisation noch mehr ist als ein «Denkmal einer vergangenen Ära», in der sie für die Unverletzlichkeit der Grenzen, wirtschaftliche Kooperation sowie Menschenrechte und Demokratie als gemeinsame Prinzipien gestanden hat.



Der russische Außenminister Sergej Lawrow und der stellvertretende Außenminister Alexander Gruschko (links) mit OSZE-Generalsekretär Feridun Sinirlioglu (rechts) am 11. März 2025 in Moskau.

Russland gerichtete Politik und als Bedrohung seiner Sicherheit dar.

Dies kam auch in der Haltung gegenüber der OSZE zum Ausdruck: Trotz wachsender Spannungen mit dem Westen blieb Moskau weiterhin Mitglied, kritisierte die OSZE jedoch gleichzeitig als Instrument westlicher Einflussnahme und Einmischung. Obwohl Russland die neue europäische Sicherheitsordnung ablehnte, setzte es die Zusammenarbeit mit der OSZE fort. Moskau betrachtete die OSZE als Mittel zur Bewältigung von Konflikten in Eurasien, zur Aufrechterhaltung des Dialogs mit dem Westen über Sicherheitsfragen und in zunehmendem Maße zur Unterbindung unliebsamer Projekte des Westens zur Förderung von Demokratisierung und Menschenrechten.

Erfolgreich im postsowjetischen Raum

Aufgrund ihres breiten Mandats, das u. a. Konfliktlösung, Wahlbeobachtung und Förderung der Menschenrechte umfasste, war die OSZE in ganz Europa, im Kaukasus und in Zentralasien präsent. Moskau nahm zwar auch über andere multilaterale und bilaterale Kanäle Einfluss, schätzte aber an der OSZE, dass sie die Staaten Europas und Nordame-

rikas in einer Sicherheitsorganisation vereinte, die nach dem Konsensprinzip funktionierte. Die von Moskau für ihre Trägheit und Bürokratie oft gescholtene OSZE gewährleistete über dieses Prinzip, dass Russland nicht überstimmt werden konnte. Besonders relevant wurde dies für den Kreml, als sich die Beziehungen zum Westen verschlechterten.

In der Praxis widmete sich die OSZE aktiv und bisweilen auch wirksam der Bewältigung von Konflikten. Ihr Erfolg war jedoch durchzogen und hing vom politischen Willen der Teilnehmerstaaten ab. Im Laufe der Jahre führte die OSZE verschiedene Vermittlungs- und Friedensmissionen auf dem Balkan durch, darunter in Bosnien, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (heute Nordmazedonien) und im Kosovo.

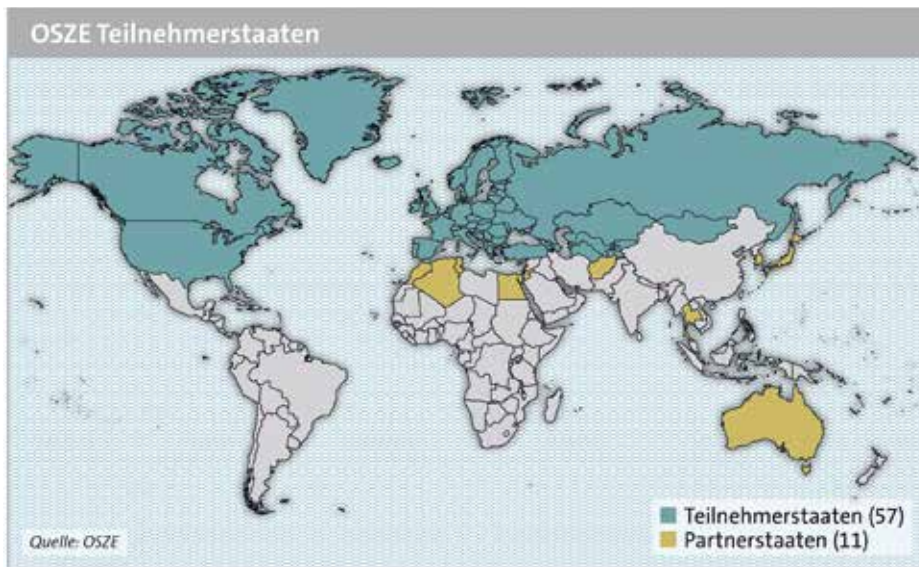
Im postsowjetischen Raum war die Rolle der OSZE gar noch bedeutender: Die Organisation war wegbereitend beim Friedensabkommen, das 1997 den Bürgerkrieg in Tadschikistan beendete. Sie spielte in Transnistrien nach dem Konflikt von 1992 eine vermittelnde Rolle, indem sie den Abzug der russischen Truppen beaufsichtigte und später die Vertrauensbildung zwischen Chisinau

und Tiraspol förderte. Sie trug zu den Friedensbemühungen in Bergkarabach, Südossetien und Abchasien bei und unterstützte in Tschetschenien 1996 die Aushandlung des Abkommens, das den ersten russisch-tschetschenischen Krieg beendete.

Verhärtung unter Putin

Moskau nutzte die OSZE bei der Lösung der festgefahrenen Konflikte entlang der russischen Grenzen und versuchte so, die Konfliktlösung im postsowjetischen Raum massgeblich zu beeinflussen. Nach Beginn des Zweiten Tschetschenienkriegs 1999 war die OSZE-Mission in Tschetschenien zunächst nur eingeschränkt tätig und hatte bis Juni 2001 keine Präsenz vor Ort. 2002 entschied Putin, alle OSZE-Vertreter auszuweisen. Damit signalisierte er, dass die Präsenz der Organisation international toleriert werde, nicht jedoch auf russischem Territorium, wo sie als Verletzung der Souveränität angesehen wurde. Dieses Vorgehen machte deutlich, dass sich die Haltung des Kremls gegenüber der OSZE verhärtet hatte und nun deutlich vom konstruktiven Ansatz der Jelzin-Ära abwich.

Fortsetzung Seite 16



Fortsetzung von Seite 15

Unter Putin drängte die russische Regierung die OSZE zunehmend, sich auf klassische Sicherheitsfragen statt auf Menschenrechte und Wahlbeobachtung zu konzentrieren. Der Kreml nahm dabei insbesondere das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte ins Visier und stellte es als westliches Instrument dar, das dazu diene, die politische Stabilität der postsowjetischen Staaten zu untergraben und sich in deren innere Angelegenheiten einzumischen. Dies erinnerte russische Entscheidungsträger, die noch von der Sowjetzeit geprägt waren, an die Vorwürfe aus dem Kalten Krieg, als die Menschenrechtsbestimmungen der KSZE als Mittel angesehen wurden, um in den kommunistischen Staaten Unruhe zu schüren.

Ambivalente Haltung nach 1999

Insgesamt war die OSZE auf der politischen Tagesordnung des Kremls jedoch eher unwichtig. Eine Analyse von 111 Reden Putins zwischen 2000 und 2023 fand 15 Verweise auf die OSZE, die meist kurz und nie positiv ausfielen. In neun Fällen kritisierte der russische Präsident die Organisation wegen angeblicher Voreingenommenheit scharf. Auf der 43. Münchner Sicherheitskonferenz 2007 erklärte er in einer seltenen ausführlichen Stellungnahme zur OSZE, dass man versuche, «die OSZE in ein profanes Instrument zur Förderung aussenpolitischer Interessen eines oder mehrerer Länder zu verwandeln». Zudem sei «die OSZE dazu gedacht, die Mitgliedsländer bei Bedarf bei der Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards zu unterstützen». Dies heisse jedoch «nicht, dass man sich

in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischt und ihnen ein Regime aufzwingt, nachdem sie leben und sich entwickeln sollen».

Nach dem russisch-georgischen Krieg im August 2008 verschlechterten sich die Beziehungen Russlands zum Westen weiter. In dieser Zeit sprach sich Russland erneut für die OSZE als Alternative zur Nato aus, und 2008/09 schlug der russische Präsident Dmitri Medwedew eine umfassendere Reform der Organisation im Sinne einer «neuen europäischen Sicherheitsarchitektur» vor. Sein Vorschlag stiess im Westen auf wenig Resonanz und wurde als Versuch angesehen, die Rolle der Nato zu schwächen.

Als die Obama-Regierung einen «Neustart» der Beziehungen zwischen den USA und Russland vorschlug und Moskau positiv darauf reagierte, verschwand Medwedews Vorstoss in der Schublade. Er verdeutlichte jedoch das stete Interesse Moskaus, den Status der OSZE innerhalb einer breiteren europäischen Sicherheitsarchitektur zu stärken.

Russlands Krieg gegen die Ukraine

Ab 2010 wurde Russlands Haltung gegenüber der OSZE zunehmend kritischer. Man stellte die Organisation als Instrument westlicher Interessen dar und warf ihr vor, bei der Behandlung Russlands und seiner Verbündeten im Vergleich zu anderen Staaten eine «Doppelmoral» an den Tag zu legen. So argumentierte Moskau, das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte überwache die Wahlen in Russland und anderen postsowjetischen Ländern weitestgehend strenger als Urnengänge in Westeuropa oder in den USA. Zudem wurde moniert, die Berichterstattung der OSZE

über Konflikte, u.a. in der Ukraine und Georgien, konzentrierte sich unverhältnismässig stark auf Verstösse russlandfreundlicher Akteure, während Verstösse westlich orientierter Regierungen heruntergespielt würden.

Das Engagement der OSZE in der Ukraine nach der russischen Annexion der Krim sowie ihre Rolle bei der Eskalation der Gewalt im Donbas in den Jahren 2014/15 veränderten die Beziehung Moskaus zur OSZE merklich. Bereits im März 2014 beschloss die OSZE einstimmig, ihre Sonderbeobachtermission (SMM) zu entsenden, für die 2021 über 1400 Mitarbeitende im Einsatz standen. Die Mission sollte die Kontaktlinie zwischen den ukrainischen Streitkräften und den von Russland unterstützten Separatisten in der Ostukraine beaufsichtigen. Ein dauerhafter Frieden kam letztlich nicht zustande, doch trug die SMM dazu bei, die Eskalation einzudämmen. Zudem begleitete sie die Verhandlungen zu humanitären und ökologischen Fragen und lieferte acht Jahre lang Berichte über Verstösse gegen Waffenstillstandsabkommen und Menschenrechtsverletzungen.

Moskau befürwortete die OSZE-Mission aus mehreren Gründen. Erstens trug sie dazu bei, dass die ukrainischen Regierungstruppen die von Russland unterstützten Separatistengebiete nicht zurückerobern konnten. Luhansk und Donezk wurden zu de facto unabhängigen politischen Einheiten unter russischer Kontrolle. Zweitens verhinderte die Pattsituation in den Augen Russlands, dass sich die Ukraine der Nato und der EU annähern konnte.

Beide Organisationen zeigen sich zurückhaltend, Länder mit ungelösten Territorialstreitigkeiten aufzunehmen. Moskau konnte so seinen Einfluss auf die Ukraine ausspielen. Die Einsetzung einer OSZE-Mission stützte auch die offizielle Darstellung Russlands, dass der Krieg in der Ukraine ein «Bürgerkrieg» und daher eine interne Angelegenheit der Ukraine sei und nicht das Ergebnis russischer Aggression. Der Kreml versuchte damit, sich als Vermittler im Konflikt und nicht als Kriegspartei zu inszenieren – so waren in der SMM sogar russische Staatsangehörige als Beobachter vertreten.

Die Sonderbeobachtermission der OSZE im Donbas

Gleichzeitig übte Russland erheblichen Druck auf die OSZE aus: Die SMM wurde behindert, um Waffen- und Trup-

penbewegungen in Gebieten zu überwachen, die laut Putin von «Milizen» oder «Selbstverteidigungseinheiten» des Volkes kontrolliert wurden. Zudem wurde die angebliche Voreingenommenheit der SMM zugunsten der Ukraine und des Westens kritisiert. Aus Moskau verlautete wiederholt, die Berichte der SMM würden die Verstösse der Ukraine gegen den Waffenstillstand herunterspielen und diejenigen der mit Russland verbündeten Kräfte aus Luhansk und Donezk besonders hervorheben. Auch wies Moskau die Berichte der SMM über russische und separatistische Truppenbewegungen oft zurück und stellte sich gegen eine Stärkung des SMM-Mandats mit dem Argument, die Rolle der SMM würde dadurch weiter politisiert. Entsprachen die SMM-Berichte jedoch ihren Interessen, nahmen russische Offizielle gerne darauf Bezug, so auch Wladimir Putin 2018.

Nach Russlands Vollinvasion der Ukraine im Jahr 2022 blockierte Moskau die Verlängerung des SMM-Mandats. Der Entscheid wurde damit begründet, dass «die Professionalität und Unparteilichkeit der Arbeit der Mission zunehmend einer selektiven Herangehensweise an Fakten und politischer Voreingenommenheit gewichen» seien. Ausserdem habe die SMM «in keiner Weise auf die sich ausbreitende Plage des aggressiven, russenfeindlichen Nationalismus und der neonazistischen Ideologie» in der Ukraine reagiert. In der Folge lehnte der Kreml die Bemühungen der OSZE um eine Wiederaufnahme der Zusammenarbeit vor Ort ab und kritisierte die Organisation noch stärker.

Blockierung der OSZE durch Russland

Moskau nutzte das Konsensprinzip der OSZE, um unliebsame Entscheidungen zu blockieren. Mithilfe mehrerer postsowjetischer Verbündeter verhindert Russland seit 2021 die Verabschiedung des einheitlichen Haushalts der OSZE mit der Begründung, die Institution sei politisiert worden und habe russenfeindliche Narrative im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine gefördert. Die OSZE arbeitet daher mit Ad-hoc-Geldern auf Grundlage des Haushalts 2021 sowie mit freiwilligen Beiträgen. Durch das Blockieren des Haushalts kann die Organisation zudem daran gehindert werden, bestimmte Aktivitäten und neue Missionen durchzuführen.

Im Rahmen ihrer verschärften Gangart gegenüber der OSZE verweigerte die russische Regierung OSZE-Beobachter-

Innen auch die Überwachung von Wahlen in Russland, darunter die Präsidentschaftswahlen 2024. In anderen Fällen begrüsst Putin persönlich die Bestätigung der Wahlergebnisse durch die OSZE, namentlich in Kirgisistan, wo das Ergebnis aus Sicht des Kremls im Sinne Russlands ausfiel. Dieses Muster unterstreicht die ambivalente und oft geradezu widersprüchliche Haltung Moskaus gegenüber der OSZE.

Zu diesem Zeitpunkt war die OSZE zu einem Hauptziel russischer Kritik am Westen geworden. Bei der Tagung des OSZE-Ministerrates im November 2023 in Skopje kritisierte Russlands Aussenminister Sergej Lawrow in einer langen Erklärung den «bedauerlichen Zustand» der OSZE. Die Organisation werde «im Wesentlichen zu einem Anhängsel der Nato und der Europäischen Union». Ins gleiche Horn stiessen auch russische Beamte, die die Rolle und Funktion der OSZE wiederholt kleinredeten und andeuteten, Russland habe nur begrenztes Interesse an den Aktivitäten der Organisation. 2024 setzte Moskau seine Teilnahme an der Parlamentarischen Versammlung der OSZE aus und verwies dabei auf die Diskriminierung russischer ParlamentarierInnen durch andere OSZE-Teilnehmerstaaten.

Austritt Russlands unwahrscheinlich

Trotz zunehmender Kritik an der OSZE hat Russland bisher keine nennenswerten Schritte unternommen, um aus der Organisation auszutreten. Sofern es nicht zu einer grösseren geopolitischen Veränderung kommt, z. B. dem Austritt der USA oder einer grundlegenden Reform des Konsensprinzips, ist ein Ausscheiden Russlands aus verschiedenen Gründen unwahrscheinlich:

– Erstens ist die OSZE das einzige internationale Sicherheitsforum, in dem russische VertreterInnen ihren europäischen, eurasischen, amerikanischen und kanadischen AmtskollegInnen auf Augenhöhe begegnen. Sie bietet Moskau eine kostengünstige Plattform, um seinen Unmut zu artikulieren und eigene Narrative zu verbreiten, was sie zu einem nützlichen Instrument der russischen Informationsstrategie macht.

– Zweitens verschafft die Konsensregel Russland institutionellen Einfluss: Es kann die Agenda mitgestalten, unliebsame Projekte abblocken und Beschlüsse gegen seinen Willen verhindern. Dieser Einfluss stärkt das Selbstverständnis Russlands als Grossmacht und hat die

symbolische Strahlkraft aus der Zeit des Kalten Krieges und der KSZE: Damals erreichte der politische Einfluss der Sowjetunion seinen Höhepunkt, und Moskau konnte die Sicherheitsordnung Europas mitgestalten.

– Drittens dürfte Russland, solange es Krieg gegen die Ukraine führt, weiterhin nur in begrenztem Mass mit der OSZE zusammenarbeiten. Sollte es zu einem Ende des Krieges kommen, könnten sich die Kontakte über die Institutionen und Feldoperationen der Organisation zwar wieder intensivieren, doch Moskau dürfte die OSZE weiterhin in erster Linie zur Durchsetzung seiner eigenen Interessen nutzen.

– Viertens dient die OSZE dem Kreml auch zur Einflussnahme im postsowjetischen Raum, selbst wenn Staaten wie Kasachstan versuchen, über die OSZE ihre Unabhängigkeit von Moskau zu demonstrieren.

Ausblick

Insgesamt hält Russland an der OSZE fest, weil es die Organisation via das Konsensprinzip und die umfassende institutionelle Einbindung steuern kann. Neben dem UNO-Sicherheitsrat ist die OSZE eines der letzten verbliebenen Foren, in denen Russland direkt mit dem Westen in Kontakt tritt. Gleichzeitig liegt es auch im Interesse des Westens, dass Russland weiterhin Mitglied der OSZE bleibt. Zwar ist der formelle Dialog innerhalb der OSZE derzeit von strategischer Kommunikation geprägt, die sich primär an ein heimisches Publikum richtet. Die informellen Formate ermöglichen aber nach wie vor einen substanziellen Austausch. Darüber hinaus ermöglicht die engere Ausrichtung der OSZE auf Sicherheitsaspekte eher eine praktischere Zusammenarbeit, als dies im Rahmen der UNO der Fall ist. Sollten sich die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen nach Beendigung des Ukraine-Kriegs entspannen, könnte die OSZE – analog zur KSZE Ende der 1980er-Jahre – wieder an Bedeutung gewinnen.

Vassily Klimentov ist SNSF Ambizione Fellow an der Universität Zürich und Mitglied des Center for Eastern European Studies (CEES). **Jerolim Perović** ist Professor an der Universität Zürich und Direktor des CEES.

CSS-Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 368 vom November 2025. Die CSS-Analysen werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Abdruck mit freundlicher Genehmigung. Die Untertitel stammen von der Redaktion.



zu den Verschärfungen des Zivildienstes

Zivildienstreferendum: Unterschriften einreichen!

Seit dem 8. Oktober 2025 läuft das Referendum «Zivildienst retten» gegen alle sechs Verschärfungsmassnahmen zum Zivildienstzugang, die das Parlament in der Herbstsession beschlossen hat. Bis Mitte Januar 2026 müssen mehr als 50'000 Unterschriften zusammenkommen. Zeit für einen Endspurt beim Sammeln und ausgefüllte Bogen noch vor Jahresende dem Komitee einzureichen an die Jungen Grünen, Postfach, 3001 Bern.

Die Verschärfungen sind schädlich

Die Abschreckungsmassnahmen haben zur Folge, dass die Zahl der Zivis um 40 Prozent sinkt. Diese Zivis fehlen dann genau dort, wo heute der grösste Personalmangel herrscht: in Heimen und Spitälern, in den Schulen, im Natur- und Umweltschutz sowie in der Land- und Alpwirtschaft. Das ist ein Schaden für uns alle. Die Anzahl Zivildienstage sinkt um mehr als 12 Prozent. Jeder achte Zivildienstag fällt weg. Das trifft nicht nur die Zivis, sondern auch die Einsatzbetriebe des Zivildienstes und damit die Kantone und Gemeinden, die zuständig sind für die grossen Tätigkeitsbereiche: Sozialwesen, Schulwesen, Gesundheitswesen, Umwelt- und Naturschutz. Die Quantität und die Qualität der Dienstleistungen des Zivildienstes nehmen Schaden. Was Zivis leisten, fällt ersatzlos weg.

Die Verschärfungen sind unnötig

Die Armee profitiert von den Verschärfungen nicht. Soldaten, die vom Zivildienst abgeschreckt werden, lassen sich stattdessen medizinisch ausmustern. Die Verschärfungen schwächen also den Zivildienst, ohne die Armee zu stärken. Der Bundesrat weigert sich, eine Prognose zu den Auswirkungen der Verschärfungen auf die Armeebestände zu machen. Er räumt immerhin ein, dass die Armee we-

niger gewinnt als der Zivildienst verliert. Dafür gibt es wie gesagt den einfachen Grund: Soldaten, die sich vom Zivildienst abschrecken lassen, wählen den «blauen Weg» der Ausmusterung aus medizinischen Gründen. Auch auf diesem Weg lösen sie ihren Gewissenskonflikt.

Die Verschärfungen sind gefährlich

Die Armee ist das Instrument der militärischen Sicherheitspolitik des Bundes. Der Zivildienst ist das Instrument der zivilen Sicherheitspolitik des Bundes. Genau wie die Soldaten werden auch die Zivis im Fall von Katastrophen und Notlagen bzw. im Fall eines Krieges aufgerufen. Der Zivildienst hat zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie sowie zur Unterstützung der Bundesasylzentren nach dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine unverzichtbare Beiträge geleistet. Der Bundesrat kann «ausserordentliche» Zivildieneinsätze anordnen. Dazu genügt der Antrag eines einzigen Kantons. In einem solchen Fall können Zivis verpflichtet werden, Einsätze über den Faktor 1,5 hinaus zu leisten. Die Verschärfungen führen folglich dazu, dass für solche Einsätze 40 Prozent weniger Zivis zur Verfügung stehen.

Die Verschärfungen sind manipulativ

Die Armeebestände sind nicht gefährdet. Im Gegenteil: Sie sind zu hoch. Ein allfälliger Rückgang Ende der 20er-Jahre wird durch kontinuierliches Wachstum in den 30er-Jahren rasch ausgeglichen. Zudem zählt die Armee Zehntausende von Soldaten gar nicht zum Effektivbestand, obwohl sie jederzeit mobilisiert werden können. Die offizielle Statistik ist also verzerrt.

Die Verschärfungen sind rechtswidrig

Die Verschärfungen verstossen in mehrfacher Hinsicht gegen Verfassung und

Völkerrecht. Sie verletzen insgesamt das Gebot der Verhältnismässigkeit, weil sie keinen Zweck im öffentlichen Interesse haben. Denn die Armeebestände sind nicht gefährdet. Die einzelnen Massnahmen verletzen zudem auf die eine oder andere Weise die Gebote der Rechtsgleichheit und der Gleichwertigkeit bzw. das Diskriminierungsverbot. Zwei Massnahmen schränken gar das Grundrecht ein, aus Gewissensgründen Zivildienst zu leisten.

Die Verschärfungen wollen abschrecken

- Zivis werden mit bis zu 150 zusätzlichen Zivildiensttagen bestraft. Das ist ein krasser Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot.
- Zivildieneinsätze für Medizinstudierende werden gestrichen. Das ist fatal in Zeiten des Pflegenotstands. Und es verletzt das Rechtsgleichheitsgebot.
- Soldaten mit Gewissenskonflikt werden gezwungen, in den Militärdienst einzurücken. Das verstösst gegen das Menschenrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit.
- Zivis müssen direkt nach der Zulassung einen langen Einsatz von 6 Monaten leisten – ohne Rücksicht auf ihre Lebenssituation, ihr Studium, ihre familiären Verpflichtungen. Betroffen von dieser Kurzfristigkeit sind ebenfalls die Arbeitgeber der Zivis und die Einsatzbetriebe des Zivildienstes. Auch diese Verschärfung verletzt das Rechtsgleichheitsgebot.

Nein zur Salamiaktik zur Abschaffung des Zivildienstes

Das Parlament hat eine Revision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes beschlossen, die Zivis zwingt, ihren Zivildienst in Wiederholungskursen des Zivilschutzes zu leisten. Der zweite Schritt sind die vorliegenden Verschärfungen im Zivildienstgesetz. Der dritte Schritt ist die Wiedereinführung der Gewissensprüfung. Der letzte Schritt ist die Zusammenlegung des Zivildienstes und des Zivilschutzes zum sogenannten Katastrophenschutz im Rahmen der Sicherheitsdienstpflicht. Das bedeutet die faktische Abschaffung des Zivildienstes. Beide sicherheitspolitischen Kommissionen machen Druck, diese «Reform» so rasch wie möglich umzusetzen. Denn sie sind der Meinung, dass die vorliegenden Verschärfungen des Zivildienstes nicht genügen.

Referendumsbogen sind erhältlich beim Komitee:
www.zivildienst-retten.ch

Zwischen Friedensarbeit und Gewalt

Die kolumbianische Land-, Umwelt- und Friedensaktivistin Jani Silva, Präsidentin der *Asociación para el Desarrollo Integral Sostenible de la Perla Amazónica (Adispa)*, setzt sich seit Jahrzehnten unter widrigsten Bedingungen für die Rechte einer Gemeinschaft von rund 700 kleinbäuerlichen Familien in Puerto Asís, Putumayo, ein. Diese ist ständig bedroht, insbesondere durch bewaffnete Gruppen, die an der Grenze zu Ecuador illegale Geschäfte betreiben.

/ Johana Calle, Jonas Wolff /

Laut der Menschenrechtsverteidigungsorganisation Human Rights Defenders Memorial wurden im Jahr 2024 weltweit 324 Menschen umgebracht, die sich in ihren Ländern friedlich für die Menschenrechte einsetzten. Fast die Hälfte der Opfer – 157 – entfielen dabei auf Kolumbien. Das südamerikanische Land gehört seit Jahren zu den gefährlichsten Orten für zivilgesellschaftliche AktivistInnen. Besonders betroffen sind Menschen, die sich in ihren lokalen Gemeinschaften für Umwelt und Landrechte engagieren.

Nach der Guerilla die Paramilitärs

Diese Problematik hat sich seit dem Friedensabkommen zwischen dem kolumbianischen Staat und der Guerillaorganisation Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo (FARC-EP) Ende 2016 noch zugespitzt. Nach Angaben der kolumbianischen Nichtregierungsorganisation Indepaz wurden in den acht Jahren zwischen 2017 und 2024 jährlich im Schnitt 200 soziale Führungspersonlichkeiten getötet, insbesondere RepräsentantInnen indigener, afrokolumbianischer und mestizisch-kleinbäuerlicher Gemeinschaften in den ländlichen Regionen Kolumbiens.

Das Departement Putumayo im Südwesten Kolumbiens ist von dieser Gewaltform in besonderer Weise betroffen. Als Hochburg des Kokaanbaus und Region an der Grenze zu Ecuador besitzt es strategische Bedeutung für Drogenproduktion und transnationalen Drogenhandel. Zugleich wird Öl gefördert, und der (illegale) Goldabbau

boomt. Mit der Demobilisierung der FARC-EP hat zwar die kriegsartige Gewalt spürbar abgenommen. An die Stelle der FARC-EP traten allerdings konkurrierende bewaffnete Gruppen, die um die Kontrolle von Bevölkerung, Territorium und illegalen Geschäften ringen. Ergebnis ist ein diffuser Gewaltzusammenhang, in dem sich lokale Gemeinschaften und ihre exponierten VertreterInnen neben gezielten Morden u.a. Einschüchterungen, Drohungen und Erpressungen, Ausgangssperren, Blockaden und Versuchen der Übernahme von Selbstverwaltungsstrukturen durch illegale Gruppen ausgesetzt sehen.

Hochburg des Kokainanbaus

Putumayo liegt im Südwesten Kolumbiens und erstreckt sich entlang der Grenze zu Ecuador und Peru von den Ausläufern der Anden bis in die Tiefe des Amazonasgebiets (siehe Karte). Das biodiverse Departement hat knapp 400'000 EinwohnerInnen, darunter etwa 18,3 Prozent Indigene und 3,8 Prozent AfrokolumbianerInnen. Die legale Wirtschaft basiert neben der Landwirtschaft und Viehzucht vor allem auf dem Erdöl.

In den 1980er-Jahren breitete sich in Putumayo der Kokaanbau aus, und bis Ende der 1990er-Jahre etablierte sich das Departement als eine der wichtigsten Anbauregionen Kolumbiens, mit der Gemeinde Puerto Asís als Hochburg. Neben dem Zuzug kleinbäuerlicher SiedlerInnen ging der Kokaboom mit einer steigenden Präsenz bewaffneter Gruppen einher, darunter paramilitärische Gruppen und die FARC-EP. Im Rahmen des Plan Colombia, der von den USA unterstützten Militäroffensive gegen Drogenproduktion und FARC-EP, wurde der Kokaanbau ab 2000 deutlich zurückgedrängt – gleichzeitig stieg die Gewalt an. Zudem expandierte die Ölindustrie, was zwar Geld und Arbeitsplätze brachte, aber auch Umweltverschmutzung, Landkonflikte und eine verstärkte Militärpräsenz.

Aus der Mobilisierung von KokabäuerInnen, die sich gegen die breitflächige Besprühung von Kokapflanzen mit Glyphosat wendete, gingen Prozesse der Selbstorganisation ländlicher Gemeinschaften hervor. In Puerto Asís mündeten diese im Jahr 2000 in

Fortsetzung Seite 20



der Gründung eines kleinbäuerlichen Schutzgebiets (siehe Kasten). Mit dem sich zuspitzenden bewaffneten Konflikt zwischen FARC-EP, paramilitärischen Gruppen und Staat geriet die Schutzzone allerdings schnell ins Fadenkreuz der bewaffneten Akteure. Nach einer Phase der faktischen Suspendierung und der Vertreibung zahlreicher Familien gelang 2011 die Reaktivierung der Schutzzone, nun repräsentiert und verwaltet durch Adispa (siehe Kasten unten).

Zwischen Friedensprozess und andauernder Gewalt

Die Folgen des Friedensabkommens von 2016 in Putumayo und Puerto Asís sind widersprüchlich. Zwar brachte der Friedensprozess der Region einen deutlichen Rückgang bewaffneter Auseinandersetzungen. Auch der Einsatz von Landminen und das Ausmass gewaltsamer Vertreibungen gingen spürbar zurück. An die Stelle der FARC-EP traten aber neue bewaffnete Gruppen, die um die Kontrolle dieser für Drogenproduktion und -handel strategischen Region konkurrierten.

Um 2020 verbündeten sich Abspaltungen der ehemaligen FARC-EP mit der kriminellen Organisation La Construcción, die aus der Demobilisierung der Paramilitärs in den frühen 2000er-Jahren hervorgegangen war. Die so entstandenen Comandos de la Frontera setzten sich als neuer hegemonialer Akteur in

Putumayo durch. Seit 2020 hat sich der Kokaanbau in Putumayo wieder deutlich ausgeweitet. Auch Abholzung, illegale Landnahme und gewaltsame Vertreibungen stiegen erneut an.

Zwischen 2017 und 2024 wurden in Putumayo 90 soziale Führungspersonlichkeiten getötet, davon allein 19 in Puerto Asís. Mit 18,2 Morden pro 100'000 EinwohnerInnen ist Putumayo das Departement Kolumbiens, das am stärksten von dieser Gewaltform betroffen ist. Einschränkungen, Drohungen und Gewalt richten sich insbesondere gegen ländliche Gemeinschaften, die sich wie Adispa an Initiativen zur freiwilligen Substitution des Kokaanbaus beteiligen, an alternativen Entwicklungsstrategien arbeiten und sich der Kooptation durch bewaffnete Akteure widersetzen. Drohungen gegen Adispa und ihre RepräsentantInnen wurden zuletzt vor allem den Comandos de la Frontera zugeschrieben.

Das nachhaltige Modell ländlicher Entwicklung der Adispa

Adispa verwaltet die kleinbäuerliche Schutzzone La Perla Amazónica und koordiniert die Arbeit der kleinbäuerlichen Gemeinschaften, die ihr angehören. Ihre Arbeit zielt darauf, eine gerechtere Landverteilung und lokale Ernährungssouveränität zu gewährleisten, das Gebiet vor Bedrohungen durch Ölförderung, Bergbau, Kokaanbau, Abholzung und nicht-staatlichen Gewaltakteuren zu schützen und ein nachhaltiges Modell ländlicher Entwicklung zu fördern, das ökologische, soziale und produktive Aspekte verbindet. Dabei geht es zugleich um die Erhaltung der kleinbäuerlichen Kultur und, damit eng verbunden, um den Schutz des hochgradig biodiversen tropischen Feuchtgebiets. Die Bewältigung der Folgen des bewaffneten Konflikts und geschlechtsspezifischer Gewalt sind weitere Arbeitsfelder.

Die Organisation hat vier Arbeitsausschüsse. Der Frauenausschuss zielt auf das Empowerment von Kleinbäuerinnen. Der Jugendausschuss stärkt über Tanz und Kultur die kleinbäuerliche Kultur und bindet den Nachwuchs in die Organisationsstrukturen ein. Der Kommunikationsausschuss ist für Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit zuständig, der Ausschuss für Agrarumweltfragen kümmert sich um die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsplanung des Schutzgebiets.

Besonders hervorzuheben ist die Rolle von Frauen, die als Treiberinnen von Zukunftsvisionen gemeinsam mit ihren Familien Strategien entwickeln, um der Ausbreitung des Kokaanbaus entgegenzuwirken, die Kooperation innerhalb der Gemeinschaft zu stärken und die Zwangsrekrutierung von Jugendlichen durch bewaffnete Gruppen zu verhindern. Zugleich spielen Frauen, wie der Einsatz der langjährigen Adispa-Präsidentin Jani Silva zeigt, in der Organisation auch zentrale politische Rollen

Ständige Bedrohung

Die Schutzzone und Adispa sind beständigen Bedrohungen ausgesetzt – insbesondere durch die Ausweitung extraktiver Wirtschaftsaktivitäten und des Kokaanbaus sowie durch nicht-staatliche Gewaltakteure wie die Comandos de la Frontera. In diesem Kontext stehen der Schutz des Territoriums, der kollektiven Identität und der politischen Autonomie im Vordergrund der Gemeinschaftsarbeit. Ihr Konzept lokaler Entwicklung folgt einer kollektiven Vision, die globalisierten Wirtschaftslogiken entgegensteht und sich in Mingas (gemeinschaftliche Arbeitsformen indigener und bäuerlicher Gemeinschaften), symbolischem Widerstand und solidarischen Wirtschaftsmodellen ausdrückt.

Adispa arbeitet mit staatlichen Institutionen, nicht-staatlichen Organisationen und internationalen Organisationen zusammen. Projekte zielen insbesondere auf die Substitution des illegalen Kokaanbaus durch legale und nachhaltige Alternativen. Durch dieses Engagement steht die Organisation in direktem Konflikt mit den bewaffneten Gruppen, die in der Region Drogenproduktion und -handel kontrollieren. Aber auch der Einsatz gegen die Umweltschäden, die durch Erdölförderung und Bergbau hervorgerufen werden, gilt als Grund für die Bedrohungen, denen sich Adispa und ihre Führungspersonlichkeiten ausgesetzt sehen.

Alltägliche Friedensarbeit von unten

Generell steht der kolumbianische Staat der Selbstorganisation ländlicher Gemeinschaften keineswegs nur unterstützend gegenüber. Nach Angaben von Amnesty International war Adispa-Präsidentin Jani Silva eine von 130 Menschen, deren Kommunikation im Rahmen einer illegalen Cyber-Spionageoperation des kolumbianischen Militärs überwacht wurde. Gleichzeitig erhält sie

Kleinbäuerliche Schutzgebiete

Seit 1994 sind kleinbäuerliche Schutzgebiete (Zonas de Reserva Campesina, ZRC) in Kolumbien offiziell anerkannte Instrumente zur Stärkung einer nachhaltigen bäuerlichen Wirtschaft, der autonomen Selbstorganisation kleinbäuerlicher Gemeinschaften und des Friedens. Insgesamt gibt es 21 ZRC, darunter die Zona de Reserva Campesina Perla Amazónica (ZRCPA) in Puerto Asís mit 23 ländlichen Gemeinden (veredas). Die ZRCPA entstand im Jahr 2000. Zur Verwaltung der Schutzzone wurde 2008 die Asociación para el Desarrollo Integral Sostenible de la Perla Amazónica Adispa gegründet und 2011 offiziell registriert.

seit 2017 von einer Einheit des kolumbianischen Staats persönlichen Schutz. Von wirksamen, umfassenden Schutzmaßnahmen, die die gemeinschaftliche Arbeit von Adispa absichern würden, kann dabei keine Rede sein.

Die Arbeit von Organisationen wie Adispa und das Engagement von GraswurzelaktivistInnen wie Jani Silva stehen für eine Praxis des lokalen gemeinschaftlichen Friedensaufbaus. Die Bedeutung solcher alltäglicher Friedensarbeit von unten, die etwa Studien über «everyday peace» (Roger Mac Ginty) und «slow peace» (Angela Lederach) betonen, gerät in Debatten über Krieg und Frieden allzu häufig aus dem Blick. Unter den Bedingungen andauernder Gewalt und vielfältiger Bedrohungen schaffen lokale Gemeinschaften räumlich begrenzte Inseln friedlichen Zusammenlebens. Auch wenn von Frieden im negativen Sinne – verstanden als Abwesenheit kriegerischer Gewalt – noch keine Rede sein kann, arbeiten sie doch zugleich an Grundlagen eines weiterreichenden positiven Friedens: am Abbau struktureller Gewaltursachen wie Ungleichheit, Exklusion und Umweltzerstörung.

Ungewisse Folgen einer Demobilisierung der FARC

Unter dem Motto eines «territorialen Friedens» trug das Friedensabkommen mit den FARC-EP der Bedeutung lokaler Gemeinschaften für den Friedensaufbau offiziell Rechnung. In der Praxis wurden die Versprechen von lokaler Partizipation, sozialer Teilhabe und ländlicher Entwicklung allerdings bestenfalls partiell eingelöst. Zudem kann in Regionen wie Putumayo von Frieden keine Rede sein.

Dies hat sich auch unter der gegenwärtigen Regierung von Gustavo Petro nicht geändert. Petro trat 2022 mit einer umfassenden Friedensagenda (Paz Total) an, die Friedensgespräche mit allen relevanten bewaffneten Gruppen vorsah. Im Unterschied zu zahlreichen anderen, bereits gescheiterten Dialogversuchen dauerten die Gespräche der Regierung mit den Comandos de la Frontera bis zuletzt an.

Selbst wenn sich die Gruppe auf eine Demobilisierung einlassen sollte, sind die Konsequenzen für die lokale Bevölkerung in Puerto Asís allerdings ungewiss. Während die prekäre Hegemonie der Comandos die Intensität bewaffneter Auseinandersetzungen in der Region zuletzt deutlich reduziert hat, stehen



Die kolumbianische Umwelt- und Friedensaktivistin Jani Silva

Die Umwelt-, Land- und Friedensaktivistin Jani Silva setzt sich seit über 40 Jahren für die Rechte kleinbäuerlicher Familien, für nachhaltige und sozial gerechte ländliche Entwicklung sowie für den Aufbau eines territorialen Friedens in Puerto Asís, Putumayo, ein. In Leticia, im Departement Amazonas, geboren, zog sie mit zwölf Jahren mit ihrer Mutter nach Puerto Asís, mit 16 Jahren begann ihr Engagement in der Gemeinschaft. Im Jahr 2000 spielte sie eine zentrale Rolle bei der Gründung der kleinbäuerlichen Schutzzone La Perla Amazónica. Seit 2011 steht sie der Adispa als Präsidentin vor. Ihr Engagement für Alternativen zum Kokaanbau, für die Rechte und die unabhängige Organi-

sation kleinbäuerlicher Gemeinschaften sowie gegen die Beeinträchtigung der Umwelt durch die Erdölförderung führte zu wiederholten Morddrohungen durch bewaffnete Gruppen. Ihr Einsatz steht exemplarisch für den Widerstand der ländlichen Bevölkerung, für lokales Engagement für den Aufbau eines nachhaltigen, territorialen Friedens «von unten» sowie für die zentrale Rolle von Frauen im gemeinschaftlichen Engagement für Frieden, Leben und Territorium. 2023 wurde Jani Silva von Amnesty International für den Friedensnobelpreis nominiert, 2025 wurde sie mit dem Hessischen Friedenspreis der Albert-Osswald-Stiftung ausgezeichnet.

für den Fall ihrer Demobilisierung oder Spaltung konkurrierende bewaffnete Gruppen bereit, um ein entsprechendes Machtvakuum zu füllen. Zugleich führt auch die Erdölförderung in der Region fortgesetzt zu Umweltschäden im kleinbäuerlichen Schutzgebiet. Das Engagement von Adispa bleibt damit so bedeutsam wie beständig bedroht.

Johana Calle studiert im Master Friedens- und Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg. Professor Jonas Wolff leitet dort den Programmbereich Innerstaatliche Konflikte des Peace Research Institute Frankfurt (PRIF). Der Beitrag ist im PRIF-Spotlight Nr. 8/2025 erschienen, die Untertitel stammen von der Redaktion.

Kein Frieden ohne Gerechtigkeit

Frau Matwijtschuk, alle Augen richten sich derzeit auf den sogenannten Friedensplan, den die USA und Russland der Ukraine vorgeschlagen haben. Was halten Sie davon?

Oleksandra Matwijtschuk: Die Menschen in der Ukraine sehnen sich nach Frieden mehr als all unsere internationalen Partner, denn sie leben täglich mit der Realität des Krieges. Jedoch muss jeder Friedensplan mindestens zwei zentrale Fragen beantworten: Kann er den Krieg beenden und welche Rolle spielen die Menschen in diesem Konflikt? Der 28-Punkte-Plan gab auf diese Fragen keine Antwort.

Und jetzt?

Putin hat diesen Krieg nicht wegen Städten wie Awdijiwka oder Bachmut im Donbas begonnen. Es wäre naiv zu glauben, dass Russland Hunderttausende Soldaten für ein paar kleine Städte in der Ostukraine eingesetzt hat, die die meisten Russen nicht einmal auf der Landkarte finden würden. Das Ziel des Kremls war und ist die Zerstörung der Ukraine als Staat. Putin betrachtet die Ukraine als Brücke, um weiter voranzukommen, und sein Projekt als imperial. Ein Imperium strebt immer nach Expansion. Das ist nicht meine Interpretation, sondern dies sind die direkten Worte Putins: Die Grenzen des russischen Staates «enden nirgendwo». Das ist kein Wahnsinn, sondern kalte Pragmatik und sein Wunsch, Spuren in der Geschichte zu hinterlassen. Denn Russland ist ein Imperium. Ein Imperium hat ein Zentrum, aber keine Grenzen.

Wie könnte man das verhindern?

Jeder Friedensplan muss reale Sicherheitsgarantien enthalten, die Putin klar machen, dass seine Ziele unerreichbar sind. Als Russland im Jahr 2014 die Krim und Teile des Donbass besetzte, war die Ukraine ein neutraler Staat. In der Verfassung gab es keinen Hinweis auf die Nato. Die Ukraine hatte damals keine Chance, ihre Gebiete zurückzuerobern, weshalb die Minsker Abkommen unterzeichnet wurden. Wie hat Russland diese acht Jahre genutzt? Es

hat systematisch gegen die Waffenruhe verstossen, Menschen getötet, ukrainische Männer aus den besetzten Gebieten für seine Armee mobilisiert, Militärstützpunkte errichtet, die Wirtschaft auf neue Sanktionen vorbereitet, Munition gehortet und schliesslich eine Vollinvasion gestartet.

Sollte Russland die Kontrolle über die derzeit besetzten Gebiete der Ukraine behalten, was würde dies für die Menschen dort bedeuten?

Dieser Plan lässt Millionen von Menschen in einer Grauzone zurück, ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, ihr Leben, ihre Kinder, ihre Rechte und ihr Eigentum zu schützen. Gleichzeitig bietet er keine Hilfen und spricht dieses Thema nicht einmal an. Unser Leben besteht nicht nur aus Geopolitik, sondern vor allem aus menschlichen Schicksalen. Auch die russische Besatzung ist ein Krieg, nur das Leid wird dabei unsichtbar. Menschen im Ausland können sich oft nicht vorstellen, dass es sich nicht nur um einen Flaggenwechsel handelt. Entführungen, Folter, Vergewaltigungen, die Zerstörung der Identität, die Zwangsadoption ukrainischer Kinder, Infiltrationslager und Massengräber – das ist die Realität der Besatzung.

Der aktuelle Plan sieht auch eine umfassende Amnestie für beide Seiten vor. Sie und Ihre Organisation Center for Civil Liberties arbeiten seit fast zwölf Jahren mit Opfern von Kriegsverbrechen. Wie wird sich eine Amnestie für Russland auf diese Menschen und ihre Angehörigen auswirken?

Dieser Punkt sollte nicht in einem Friedensplan enthalten sein. Welches Signal sendet man damit? Dass man als Staatsoberhaupt mit starkem militärischem Potenzial und Atomwaffen alles tun kann, was man will? In andere Länder einmarschieren, Grenzen mit Gewalt verändern, Menschen töten, Kinder entführen – und dafür keine Verantwortung tragen soll? Wenn Russland das erlaubt wird, warum sollten dann andere Staaten nicht dasselbe tun? So etwas untergräbt das ohnehin schon labile globale Gleichgewicht. Eine Welt, in der das

Recht des Stärkeren gilt, ist eine Welt voller Kriege und massiver Gewalt.

In Deutschland wird oft geäussert, dass ein Jahr Frieden besser sei als ein Jahr Krieg. Was sagen Sie dazu?

Die UkrainerInnen wünschen sich Frieden, lehnen jedoch eine russische Besatzung ab. Für uns ist Freiheit nicht nur Selbstverwirklichung, sondern bedeutet Überleben. Diejenigen, die der Ukraine raten, ihren Widerstand aufzugeben, würden selbst niemals unter russischer Besatzung leben wollen. Sie würden nicht um fünf Uhr morgens aufwachen wollen, weil die Geheimdienste zu ihnen kommen. Sie wollen nicht erleben, wie ihr Haus auf den Kopf gestellt wird, ihre Frau vor ihren Augen vergewaltigt wird, wie ihr Mann zum Folterverhör abgeführt wird und ihre Kinder in ein Militärlager geschickt werden, um sie zu Putins zukünftigen Soldaten auszubilden. Würden andere EuropäerInnen so kämpfen wie die UkrainerInnen? Denn viele EuropäerInnen haben ihre Freiheit von ihren Urgrossvätern geerbt – sie selbst haben nicht dafür gekämpft. Aus dieser pragmatischen Sicht würde ich an ihrer Stelle die Ukraine mit aller Kraft unterstützen. Denn Putin wird nur dann aufhören, wenn man ihn aufhält.

Derzeit erschüttert ein heftiger Korruptionsskandal die Ukraine. Kann Demokratie im Kriegszustand überhaupt funktionieren?

Die Ukraine ist ein Land im Transit. Wir hatten nicht den Luxus, demokratische Institutionen in Friedenszeiten aufzubauen. Nach der Revolution der Würde im Jahr 2014 wurden diese Institutionen unter Kriegsbedingungen geschaffen. Was den jüngsten Korruptionsskandal betrifft, so war ich, wie viele andere UkrainerInnen zutiefst empört. Die Menschen spenden ihr letztes Geld für die Armee, für Verwundete und für diejenigen, die ihr Zuhause verloren haben.

Oleksandra Matwijtschuk, 42, ist Juristin und leitet in Kyjiw das Center for Civil Liberties (CCL), das russische Kriegsverbrechen dokumentiert. 2022 erhielt die Ukrainerin als Gründerin der Organisation den Friedensnobelpreis. Das Interview führte Anastasia Rodi für die taz vom 29.11.2025.

Zu erfahren, dass jemand im Krieg seine Macht zum eigenen Vorteil missbraucht, ist schmerzlich. Pragmatisch betrachtet gibt es solche Menschen jedoch in jedem Land.

Und wie reagiert der Staat?

Die Antikorruptionsbehörden haben den Skandal aufgedeckt und Verhaftungen sowie Gerichtsverfahren initiiert. Vor zwölf Jahren war so etwas noch unvorstellbar, denn damals waren die «Unantastbaren» tatsächlich unantastbar. Dies wurde von Menschen ermöglicht, die im vergangenen Sommer auf die Strasse gingen, als das Parlament versuchte, die Unabhängigkeit der Antikorruptionsbehörden einzuschränken. Trotz Raketen und Drohnen setzten sich die UkrainerInnen für Reformen ein und zwangen das Parlament, das Gesetz neu zu verabschieden. Dies ist ein Zeichen von Stärke, nicht von Schwäche.

Sie sind Juristin und Menschenrechtlerin. Gerade erleben wir, wie das Völkerrecht enorm verletzt und ignoriert wird. Was motiviert Sie, trotzdem weiterzumachen? Leider ist es nicht das erste Mal in der Geschichte, dass das Recht nicht greift. Doch ich habe Hoffnung. Ein Beispiel sind für mich die Veränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg: die Nürnberger Prozesse, die Gründung der Vereinten Nationen, die Durchsetzung humanistischer Prinzipien wie Menschenrechte oder die Unabhängigkeit der Justiz. Und zum anderen glaube ich, dass wir eine Chance haben, und dies ist ein grosser Luxus. Generationen von UkrainerInnen haben vor uns im Untergrund für die Freiheit gekämpft, ohne internationale Unterstützung und ohne institutionelle Rückendeckung. Wir sind nur deshalb am Leben, weil sie selbst unter scheinbar hoffnungslosen Bedingungen nicht aufgegeben haben.

Der Winter ist da und Russland bombardiert wieder verstärkt Kraftwerke und Energieversorger in der Ukraine. Wie leben Sie in Kyjiw?

Die Situation ist schwierig. Millionen Menschen könnten den Winter ohne Heizung und Strom verbringen. Alle müssen Lösungen für alltägliche Dinge suchen, beispielsweise, wie man Milch für sein kleines Kind erwärmt. Wir erwarten einen schwierigen Winter, unabhängig davon, wie diese Friedensverhandlungen ausgehen werden.

Protest gegen die Lieferung von Waffenbestandteilen an Russland

STMicroelectronics-Rakete gegen Ternopil

Am Samstagnachmittag, dem 22. November 2025 protestierten rund 20 Personen auf der Place des Nations in Genf, organisiert von Mitgliedern der ukrainischen und internationalen Gemeinschaft, gegen die Nutzung von Schweizer Technologie in russischer Rüstung. Auslöser der Aktion war jüngst der Vorfall in Ternopil, bei dem ein russischer Raketenangriff am 19. November ein Wohngebäude zerstörte und 33 Menschen tötete, sowie die kürzlich veröffentlichte Recherche von Tamedia, derzufolge die Schweiz weltweit an dritter Stelle jener Länder steht, deren Komponenten am häufigsten in russischen Waffen in der Ukraine gefunden werden. Der Angriff auf das Wohnhaus in Ternopil wurde – genau wie der Angriff auf das Kinderkrankenhaus Okhmatdyt im letzten Jahr – mit einer russischen Rakete des Typs Kh-101 durchgeführt. In diesem Modell wurden einst Komponenten der in Genf ansässigen STMicroelectronics identifiziert.

Mit dieser Aktion wollten die Versammelten zeigen, wozu eine unzureichende Kontrolle der Technologieverbreitung führt. Die TeilnehmerInnen waren vereint in der Überzeugung, dass die Opfer von Ternopil nicht umsonst gestorben sein dürfen. Man kann sie nicht zurückbringen, aber man kann verhindern, dass es neue Opfer gibt. Es liegt in der Macht der Weltgemeinschaft, neue Opfer zu verhindern, da russische Raketen, die auf friedliche uk-

rainische Städte fliegen, dies ohne westliche Technologien nicht tun können.

Ein bewegender Moment der Aktion war der Auftritt der ukrainischen Dichterin Nathalie Rostova-Paladii, die ihr Gedicht *Ternopil* vorlas, das unter dem Eindruck des Schmerzes und der Wut über den tödlichen Angriff entstanden ist. Ihr Text, voller Emotionen, würdigte die Opfer und erinnerte an die Dringlichkeit, die Verbreitung westlicher Technologien in russischen Waffensystemen zu stoppen.

Die OrganisatorInnen betonten, dass es derzeit zwar keinen Beweis dafür gibt, dass die Raketen, die Ternopil am vergangenen Mittwoch trafen, Schweizer Komponenten enthielten, jedoch früher Schweizer Chips in diesem Rakentyp sowie in anderen russischen Waffensystemen gefunden wurden. Dies werfe eine dringende Frage der Verantwortung und der Kontrollmechanismen auf. Sie fordern:

1. Eine Verstärkung der technischen und rechtlichen Massnahmen, um zu verhindern, dass Schweizer Komponenten von den russischen Streitkräften genutzt werden.
2. Die Veröffentlichung von Berichten durch die betreffenden Unternehmen, die die bestehenden Kontrollmechanismen sowie die vorgesehenen Verbesserungen detailliert darlegen.
3. Einen Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Schweizer Behörden und internationalen Kontrollgremien.

Tatiana Vishnevskaya





Syrien: Krieg vorbei, Frieden vertagt

Ein Jahr nach dem Ende des Assad-Regimes ist Syrien frei, aber nicht geeint. Die AktivistInnen Safa Kamel, Alaa Almerie und Boulos Al-Hallaq sprechen über neue Machtkämpfe, zivilen Widerstand und den schwierigen Versuch, die Revolution in Demokratie zu überführen.

Ein Jahr nach dem Sturz des Assad-Regimes gibt es im ganzen Land immer wieder Gewaltausbrüche und konfessionell motivierte Gewalt. Die Sicherheitslage ist extrem schlecht. Gibt es noch Hoffnung auf ein friedliches Syrien?

Alaa Almerie: Ja, ich habe Hoffnung. Aber die Massaker in Suweida und an der Küste haben gezeigt: Ohne Gerechtigkeit kein Frieden.* Bis heute gibt es keine Ermittlungen, keine Anklagen, keine Prozesse. Täter bleiben frei, manche sitzen wieder in Ämtern. Wenn das so bleibt, droht neues Blutvergießen. Trotzdem glaube ich, dass sich Syrien erholen kann. Die Mehrheit der Menschen will Frieden, nicht Rache.

Safa Kamel: Wie der Schriftsteller Saadallah Wannous einst sagte: Wir sind

* Mit Gerechtigkeit meint Alaa Almerie sowohl die Aufarbeitung der Verbrechen unter dem Assad-Regime als auch der Gewalttaten nach dessen Sturz.

zum Hoffen verurteilt. Aufgeben ist keine Option, auch wenn wir erschöpft sind. Viele glauben, die Revolution habe gesiegt, weil Assad weg ist, die Gefangenen befreit sind und es wieder Dollar, Handel und Autos gibt. Aber das ist nur Fassade. Hinter der neuen religiösen Macht entstehen neue Formen von Unterdrückung und die konfessionellen Spaltungen vertiefen sich. Natürlich gibt es Übergangsphasen, in denen nicht alles ideal läuft. Aber wir müssen aufhören, Verbrechen als ›Zwischenfälle‹ zu verharmlosen. Jede ungestrafte Tat ist ein Rückschritt.

Boulos Al-Hallaq: Ich stimme zu, wir erleben eine zunehmende konfessionelle Spaltung. Die Übergangsregierung hat diese gezielt verschärft. Das wurde besonders nach dem Massaker in Suweida sichtbar. Der Staat setzt auf Kontrolle statt Dialog. Das vertieft die Gräben, die Syrien zerreißen.

Welche Handlungsmöglichkeiten hat die Zivilgesellschaft angesichts dieser Realität?

Boulos Al-Hallaq: Wir bleiben unseren Grundsätzen treu und führen unsere Arbeit für zivilen Frieden, Übergangsjustiz, Dialog und Empowerment fort.

Unsere Prioritäten haben sich aber verschoben: Heute geht es vor allem darum, Allianzen zu bilden und Netzwerke zu stärken, um gemeinsam gegen neue autoritäre Tendenzen und freiheitsfeindliche Gesetze zu wirken. Der Handlungsraum wird wieder enger, deshalb müssen wir unsere Methoden anpassen, aber wir werden nicht weichen.

Alaa Almerie: Auch wir arbeiten eng mit anderen Initiativen zusammen. Direkt nach dem Regimesturz haben wir eine Chatgruppe gegründet, in der AktivistInnen, lokale Behörden und Sicherheitskräfte Informationen austauschen können. Wenn eine Gefahr gemeldet wird, reagieren alle sofort. Nach der Ermordung einer Lehrerin konnten wir durch Vermittlung Panik verhindern. Solche Kooperationen schaffen Vertrauen. Wenn Menschen sich schutzlos fühlen, greifen sie irgendwann selbst zur Waffe. Das dürfen wir nicht zulassen.

Safa Kamel: Ich bin keine Idealistin, aber ich glaube an Veränderung. Wir arbeiten mit der Kommission für Übergangsjustiz zusammen, fordern unabhängige Ermittlungen ein und dokumentieren Zeugnisaussagen. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten finden offizielle Anhörungen statt. Das ist kein Sieg, aber ein Anfang.

Wie hat sich die Lage der Minderheiten seit dem Regimesturz verändert?

Alaa Almerie: Es gibt eine Spaltung, die weniger in der Gesellschaft als im politischen Kalkül liegt. Wenn die Regierung von «nationalem Frieden» spricht, meint sie nur das Verhältnis der Religionsgemeinschaften, nicht die sozialen Brüche. Heute verlaufen die Konflikte längst auch zwischen denen, die am alten System festhalten, und denen, die Veränderung wollen. In den Medien werden AktivistInnen oft über ihre Religion beschrieben: «der christliche Aktivist» oder «die alawitische Menschenrechtlerin». Damit werden künstliche Trennungen aufgemacht, anstatt eine Einheit zu fördern. Syrien braucht Bürgerrechte statt einer Kultur religiöser Zugehörigkeit. Nur so können die Wunden heilen.

Safa Kamel: Ich stimme zu. Die Spaltung wird auch von aussen befeuert. Internationale Delegationen fragen zuerst nach einzelnen Minderheiten, aber kaum nach den Gefangenen oder Vertriebenen. Schon das alte Regime hat Minderheiten gegeneinander ausgespielt und jetzt beginnt dieses Spiel von vorn. Wenn wir das zulassen, verlieren wir unsere gemeinsame Zukunft.

Nach dem Sturz des Assad-Regimes hoffen viele Frauen auf mehr Mitbestimmung. Wie fällt euer Fazit nach einem Jahr aus? Gibt es ein neues Kapitel für Frauenrechte?

Alaa Almerie: Faktisch bleiben Frauen in Politik und Gesellschaft marginalisiert, ihre Freiheiten werden zunehmend eingeschränkt. Nach der Wahl sind nur drei Prozent der Abgeordneten Frauen. Die einzige Ministerin wird gefeiert, weil sie Christin ist, als Beweis vermeintlicher Vielfalt. Aber das ist Symbolpolitik, keine Gleichberechtigung. Tatsächlich stammen die meisten Abgeordneten aus konservativen Kreisen, die Frauen auf Familie und Haushalt reduzieren. Führungspositionen gelten wieder als Männersache, Frauen erhalten kaum Genehmigungen für politische Veranstaltungen und gelten schnell als «überfordert». Unter Assad lebten wir in Angst, heute erleben wir neue Kontrolle, diesmal im Namen von Religion und Moral.

Safa Kamel: Wir sind enttäuscht. Schon die Ernennung der Leiterin des Frauenbüros war ein Feigenblatt: Eine Frau ohne

Einfluss, nur zur Zierde. Viele Frauenbüros existieren nur auf dem Papier. Noch immer sehen viele Entscheidungsträger Frauen nicht als Partnerinnen, sondern als Dekoration. Wir brauchen eine zweite Revolution: gegen die patriarchalen Strukturen, die überlebt haben.

Was tut ihr, um Frauen zu stärken?

Alaa Almerie: Wir bringen Frauen aus ganz Syrien zusammen, um ihre Erfahrungen aus vierzehn Jahren Krieg und Revolution festzuhalten. Das Erzählen ihrer Geschichten ist ein Akt der Selbstermächtigung. Viele Frauen haben in dieser Zeit Verantwortung übernommen, als Alleinversorgerinnen und Organisatorinnen. Wir machen ihre Stärke sichtbar und achten bei allen Veranstaltungen auf Parität. Veränderung beginnt dort, wo Frauen sich gegenseitig stärken. Dafür schaffen wir die Räume.

Safa Kamel: Unsere Strategie ist, Frauen politisch und wirtschaftlich zu stärken. Wir bieten Workshops und politische Bildung an, unterstützen Frauen auf dem Weg in lokale Räte oder ins Parlament. Eine unserer Teilnehmerinnen wurde tatsächlich gewählt, ein kleines, aber starkes Signal. Oft hören wir: «Warum reden die über Politik, sollen sie sich nicht um ihre Kinder kümmern?» Genau deshalb ist unsere Arbeit so wichtig. Wir bekämpfen nicht Religion, sondern patriarchale Traditionen, die sie missbrauchen. Viele gläubige Männer unterstützen uns, wenn sie verstehen, dass Gleichberechtigung kein Angriff, sondern eine Bereicherung ist.

Was erwartet Rückkehrende?

Boulos Al-Hallaq: Rückkehrende treffen auf ein Land, das noch lange nicht bereit ist, sie aufzunehmen. Viele kehren aus den direkten Nachbarländern aus purer Verzweiflung zurück. Wer Geld hat, repariert notdürftig sein Haus, die meisten leben in Zelten zwischen Ruinen. Die Wirtschaft liegt am Boden, es gibt keine nachhaltige Politik. Reiche werden reicher, Arme verzweifeln. Ohne ein Programm zum Wiederaufbau bietet das Land weder Arbeit noch Sicherheit, viele verlieren das bisschen Stabilität, das sie sich im Ausland aufgebaut hatten. Frauen, die im Exil Selbstständigkeit gewonnen haben, geraten zurück in patriarchale Strukturen. Neue religiöse Vorschriften engen sie weiter ein. Wenn diese Stärke verloren geht,

verliert Syrien seine wichtigste Errungenschaft.

Safa Kamel: Auch bei den Binnenvertriebenen konnten nur wenige bisher dauerhaft zurückkehren. Viele sind in die Camps zurückgekommen, weil ihre Dörfer zerstört, ihre Häuser unbewohnbar sind. Es fehlt an Wasser, Strom, Schulen und Sicherheit. Besonders für Frauen ist es schwierig, ihr Zuhause wieder aufzubauen. Sie tragen aber die Hauptlast, weil ihre Männer tot oder vermisst sind. Wir bieten rechtliche Beratung, Ausbildung und psychologische Hilfe. Doch ohne funktionierende staatliche Strukturen bleibt das Leben in den Camps für viele die einzige, wenn auch unwürdige Lebensoption.

Wie stellst du dir Syrien in zehn Jahren vor?

Boulos Al-Hallaq: Ich träume von einem demokratischen Syrien, in dem alle Gruppen gleichberechtigt leben können. Doch realistisch gesehen steuert das Land auf ein autoritärislamisch geprägtes System zu. Wir werden aber nicht tatenlos zusehen. Ich glaube fest, dass die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle spielen kann, um dem entgegenzuwirken.

Safa Kamel: Ich denke an die Kinder, die nie Frieden erlebt haben. Ich wünsche mir ein Land, das sie schützt statt verletzt, in dem das Gesetz stärker ist als jede Waffe. Frauen sollen selbstverständlich führen, Bildung soll befreien, nicht gehorsam machen. Syrien soll wieder für Leben, Kultur und Würde stehen.

Alaa Almerie: Ich hoffe auf ein Syrien, in dem der Staat den Menschen dient, nicht umgekehrt. Ein Land, das stolz auf seine Vielfalt ist und Gerechtigkeit als Grundlage des Friedens versteht. Vielleicht kennt die nächste Generation das Wort Krieg nur noch aus Erzählungen. Der Weg dorthin ist schwer, aber wir haben das Wichtigste geschafft: Wir haben unsere Angst verloren.

Seit Beginn des Aufstands gegen das Assad-Regime unterstützt **Adopta Revolution**, eine deutsch-syrische Solidaritätsorganisation, die sich beim friedlichen Aufstand 2011 in Syrien gegründet hat, die syrische Zivilgesellschaft. Diese Arbeit ist mit dem Sturz des Assad-Regimes nicht vorbei – im Gegenteil. Syrien braucht gerade jetzt eine starke Zivilgesellschaft, um Diktatur, Krieg und Terror langfristig zu überwinden. Das Interview stammt aus der Winter-2025-Publikation von www.adoptrevolution.org.

Das Pokerspiel geht weiter

Am 31. Oktober hat der Uno-Sicherheitsrat mit der Resolution 2797 (2025)¹ das Mandat der Minurso, der Uno-Mission, um ein weiteres Jahr verlängert. Die Minurso war 1991 geschaffen worden mit der Aufgabe, ein Referendum in der Westsahara zu organisieren, was aber Marokko bis heute erfolgreich verhindert hat.

/Elisabeth Bäschlin,
Manuel Flury-Wahlen, SKUS /

Die Trump-Regierung hat Anfang Oktober erklärt, der Konflikt um die Westsahara würde innerhalb der nächsten 60 Tage gelöst sein. Im Dezember 2020, zu Ende seiner ersten Amtszeit, hatte Trump bereits die Souveränität Marokkos über die Westsahara anerkannt. Der Entwurf zur aktuellen Resolution war denn auch von den USA vorbereitet worden und sprach vom marokkanischen Autonomievorschlag als die «ernsthafte, glaubwürdigste und realistischste Lösung». Diese Ausdrucksweise wurde in der Folge abgeschwächt.

Die Uno-Resolution 2797 (2025)

Mit der Resolution 2797 beschliesst der Sicherheitsrat, das Mandat der Minurso um ein weiteres Jahr zu verlängern, und unterstützt den Generalsekretär in den «Verhandlungen auf der Grundlage des Autonomievorschlags Marokkos mit dem Ziel, zu einer gerechten, dauerhaften und für beide Seiten annehmbaren Beilegung der Streitigkeiten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen zu gelangen, und begrüsst konstruktive Vorschläge von den Parteien in Reaktion auf den Autonomievorschlag».

Die Parteien werden aufgefordert, diese «Gespräche (...) ohne Vorbedingungen aufzunehmen, um eine endgültige und für beide Seiten annehmbare Lösung herbeizuführen, die die Selbstbestimmung des Volkes der Westsahara vorsieht, und erkennt an, dass wahre Autonomie das praktikabelste Ergebnis sein könnte».

Von den 15 Mitglieder des Uno-Sicherheitsrates stimmen elf für die Resolution, China, Russland und Pakistan enthalten sich – und ermöglichen da-

mit die Verabschiedung der Resolution. Algerien will nicht auf das Geschäft in dieser Form eintreten, da «das unverzichtbare Recht auf Selbstbestimmung nicht genügend berücksichtigt worden sei», und nimmt daher nicht an der Abstimmung teil.

Der Autonomieplan Marokkos

Laut Resolution soll also «auf der Grundlage des marokkanischen Autonomieplans» eine Lösung für einen dauerhaften und gerechten Frieden gesucht werden», die aber auch «die Selbstbestimmung des Volkes der Westsahara vorsieht» – zwei wohl unüberbrückbare Gegensätze. Ausserdem steht die Resolution mit der Bevorzugung der einen Konfliktseite möglicherweise im Widerspruch zur Uno-Charta.

Zweimal wird in der Resolution von einer «wahren Autonomie» gesprochen. Tatsächlich besteht der marokkanische Autonomieplan von 2007 lediglich aus drei dünnen Seiten, was wohl kaum eine ernstzunehmende Grundlage für eine Diskussion sein kann. Da hat Marokko noch Vieles nachzuliefern. Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass eine echte Autonomie für die Westsahara sich für Marokko als Kuckucksei entpuppen könnte, denn andere Regionen (z.B. Rif) könnten in der Folge dieselben Rechte einfordern.

Am 21. Oktober 2025 hatte die Polisario ihrerseits dem Generalsekretär ein zwölfseitiges Dokument präsentiert. Darin schlägt sie vor, den Autonomieplan Marokkos zum Gegenstand des Referendums zu machen, und umreisst zahlreiche Ideen zu einer zukünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Marokko: Diese Vorschläge hat der Sicherheitsrat in seiner Resolution aber vollständig ignoriert.

Keineswegs ein Sieg für Marokko

In Marokko wurde die Abstimmung wie ein Sieg gefeiert. König Mohamed VI. sprach von einem neuen Kapitel und einem Wendepunkt in der Geschichte Marokkos. Diese Lesart der Resolution wurde erstaunlicherweise auch von europäischen Medien wiedergegeben. So meldeten die *Zeit*, die *Frankfurter Allgemeine* und die deutsche Tagesschau,

der Uno-Sicherheitsrat habe empfohlen, dass «die Westsahara eine autonome Region im marokkanischen Staat werden solle». Ob sie sich wohl einfach auf die marokkanische Pressemitteilung verlassen hatten? Denn so klar ist die Aussage der Resolution 2797 keineswegs.

Die Polisario begrüsst die Beibehaltung der Ziele und Grundsätze der Selbstbestimmung. Sie betont jedoch, dass die Resolution eine Reihe von Elementen enthalte, die «eine sehr gefährliche und beispiellose Abweichung» von den in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsätzen enthalte, nach denen bisher das Thema der Westsahara behandelt wurde, insbesondere werde die Westsahara nicht mehr im Rahmen eines Dekolonisierungsprozesses behandelt.

Reaktionen auf die Resolution

Die Polisario² weist zudem darauf hin, dass sie sich an keinem politischen Prozess und keinen Verhandlungen auf der Grundlage von Vorschlägen, gleich welcher Herkunft, beteiligen wird, die darauf abzielen, die illegale militärische Besetzung der Westsahara durch Marokko zu «legitimieren» und dem saharauischen Volk sein «unveräusserliches, nicht verhandelbares und unverjährbares Recht auf Selbstbestimmung» vorzuenthalten.

In der algerischen Botschaft in Bern scheint man in Bezug auf die Resolution eher optimistisch: Die Minurso sei um ein weiteres Jahr verlängert worden, China und Russland hätten zwar kein Veto eingelegt, sich aber doch enthalten, und es werde noch immer «eine für beide Seiten annehmbare Lösung» gefordert. Algerien scheint vor allem zu begrüßen, dass mit dem Druck von Donald Trump die Westsahara wieder auf die Agenda gekommen ist. Isabelle Werenfels, Maghreb-Spezialistin bei der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, sieht aber wenig Erfolgsaussichten für den amerikanischen «Friedensplan», denn in Algerien herrsche die Überzeugung, dass in der Diskussion um die Westsahara die Uno die führende Rolle spielen müsse und nicht die Trump-Regierung.³



Weltweiter Trend gegen Sahraouis?

Jedoch sehen weder Algerien noch die Polisario oder die sahraouische Menschenrechtsorganisation Codesa in dieser Resolution eine fundamentale Abkehr der Uno von ihrer bisherigen Haltung. In der Abteilung Mittlerer Osten und Nordafrika Mena des Schweizer EDA scheint man dies ähnlich zu sehen: Fundamental würde sich mit der Resolution nichts ändern, jedoch hätten die Widersprüchlichkeiten zugenommen.

Francesco Bastagli, der ehemalige Leiter der Minurso, der sein Amt nach einem Jahr aus Protest niedergelegt hat, ist da pessimistischer. Für ihn ist die Uno in der Frage der Westsahara ihren Prinzipien längst untreu geworden und hat die Sahraouis verraten. Er stellt fest, dass der Autonomieplan weltweit an Unterstützung gewinnt, auch unter den Ländern des Südens, und meint, «das pragmatisch-realistische Vorgehen des aktuellen Sonderbeauftragten Staffan de Mistura hat diesen Trend noch gefördert». Auch vermutet er, dass Frankreich und die USA bereits an einem detaillierteren Autonomieplan Westsahara

arbeiten und sich die Realpolitik auch weiterhin gegen die Interessen der Sahraouis wenden würden.

Selbstbestimmungsrecht der Sahraouis unverhandelbar

Die kommenden Wochen werden zeigen, ob und wie diese Resolution zur Lösung des Konflikts gemäss den bestehenden Rechten und Prinzipien beitragen wird.

– Kann und will sich die Polisario auf Verhandlungen einlassen? Ein Konsultativ-Referendum unter der Bevölkerung der Flüchtlingslager über deren Wünsche könnte die Position der Polisario in den Verhandlungen vermutlich stärken, was ihr verschiedentlich geraten wurde.

– Ist Marokko bereit, seine Vorstellungen einer Autonomielösung endlich in einem detaillierten Plan zu erläutern, mit dem Selbstbestimmungsrecht der Sahraouis in Übereinstimmung zu bringen, wie dies der Uno-Sicherheitsrat fordert? Und wird Marokko endlich einen wirklich ausgearbeiteten Entwurf seiner Vorstellung einer Autonomie vorlegen? Wie würde eine «wahre Autonomie»,

wie sie die Resolution verlangt, aussehen?

Ausserdem scheint uns die grundsätzliche Frage von Juan Soroeta Licerias, Professor für Internationales Recht an der baskischen Universität, durchaus berechtigt: Warum eigentlich sollen die beiden Konfliktparteien über ein neues Abkommen verhandeln? Ein solches existiert doch bereits mit dem von beiden Seiten unterzeichneten Friedensabkommen von 1991, das unter der Ägide von Uno und OAU zustande gekommen war. Das SUKS bleibt dabei: Das Selbstbestimmungsrecht der Sahraoui ist unverhandelbar!

SUKS / Schweizerisches Unterstützungskomitee für die Sahraouis



1 UN Security Council Report: Western Sahara: Vote on a Draft Resolution Renewing MINURSOs Mandate, www.securitycouncilreport.org.

2 Pressemitteilung, Sahara Press Service vom 31. Oktober 2025.

3 Deutsche Welle, 29. Oktober 2025.



Tanja Maljartschuk: Was Literatur in Zeiten existenzieller Bedrohung noch leisten kann

Wenn Literatur verstummt

Am 26. Mai 2023 nahm die ukrainische Schriftstellerin und Essayistin Tanja Maljartschuk zusammen mit dem Schweizer Jonas Lüscher an einer vom Schweizerischen Friedensrat organisierten Gesprächsrunde zur Solidarität mit der angegriffenen Ukraine teil. 2025 wurde sie mit der Poetikdozentur der Universität Köln ausgezeichnet. In zwei Poetikvorträgen Ende Oktober setzte sie sich mit Literatur als politisches Medium auseinander. Wie bereits in früheren Artikeln und Interviews untersucht sie das spannungsreiche Verhältnis zwischen Literatur und Politik und fragt also nach dem Zweck von Literatur.

/ Arno Kleinebeckel /

«Alle Kunst ist politisch, andernfalls wäre sie blosser Zierde.»

Edward de Vere in *Anonymus*

«Zieh dich ins Innere des Wals zurück.»

George Orwell in *Im Innern des Wals*

Albert Camus wird der Satz zugesprochen, dass die «Zeit des Genies im Sessel» vorbei sei. Das «Genie» meint den

Schriftsteller alter Prägung: Dessen Kunst steht über den Niederungen der Welt, der Poet vertritt das Reich der Freiheit und nicht die Interessen der Politik.

Die Spannung zwischen den Sphären ist so alt wie die Literatur. Entsprechend streiten sich die Geister beider Seiten. Ein aktuelles Beispiel für die – naturgemäss nicht abschliessbare Debatte – liefert die ukrainische Autorin Tanja Maljartschuk. Sie lebt seit 2011 in Wien. In ihren Vorlesungen, neueren Artikeln und Interviews stellt sie sich der Frage, wie es angesichts der Gewalteskalation, vornehmlich seit 2022 in der Ukraine, und angesichts einer globalisierten Welt, in der sichere Distanzen und Schonräume schrumpfen, möglich ist, Politik und Poesie unter einen Hut zu bringen. Kurz auf den Punkt: Sie weigert sich der schönen Literatur. Sie zieht für sich eine Demarkationslinie und definiert ihre Rolle als Autorin, im engeren Sinne als Literatin, neu.

Im Innern des Wals

Dabei rekurriert sie auf George Orwell, der in einem Essay 1940, betitelt *Im Innern des Wals* (Inside the Whale) die

Spielräume auslotete, die dem Intellektuellen in Zeiten dramatischer Weltbedrängnis offenstehen. Gibt es sie noch, die Möglichkeiten, sich in der globalen Welt zu verstecken, wie Jona einst im Wal verschwand? Orwells späterer Welterfolg, seine Schreckensutopie 1984, war noch nicht erschienen. Aber Orwell war 1940 bleibend desillusioniert. Es gab Gründe genug zum Ende der alten und zu Beginn einer neuen katastrophenträchtigen Dekade: Faschismus in Italien, die Auswüchse des stalinistischen Terrors, vor Englands Küsten das Gespenst Hitlerdeutschlands. Wo kann der Ort für den Intellektuellen sein? Eventuell «Im Innern des Wals»?

«Der Bauch eines Wals ist eine Höhle, gross genug, um einen Erwachsenen aufzunehmen. Man ist dort in einem dunklen, ausgepolsterten Raum, der genau passt, mit einer dicken Speckschicht zwischen sich und der Aussenwelt. So hat man die Möglichkeit, sich mit absoluter Gleichgültigkeit gegenüber allem, was immer draussen vorgeht, zu verhalten. (...) Es ist fast schon der Tod, ein Zustand endgültiger, unüberbietbarer Verantwortungslosigkeit.»

George Orwell, *Im Innern des Wals*

Der Bezug auf den biblischen Propheten, der im Bauch des Meeresriesen Unterschlupf vor dem Sturm fand, lässt den anderen Teil der Geschichte ausser acht, nämlich dass Jona in seinem düsteren Hort die Weigerung ausbaden musste, den Niniviten den drohenden Untergang zu predigen. So von Gott verfügt.

Entsetzt über die Welt

«Diejenigen, die die Realität ignorieren, sind wahrscheinlich Narren», schrieb Orwell unter dem Eindruck drangvoller Erfahrungen jener Jahre. «Und diejenigen, die gegen sie kämpfen, haben vermutlich genug Weitblick, um zu erkennen, dass sie nicht gewinnen können.» Für Tanja Maljartschuk ist der 1950 verstorbene Orwell ein Gesinnungsgenosse, ein «Leuchtturm in der Finsternis». Seit Russlands Angriff auf die Ukraine schlägt sich die Autorin mit dem orwellschen Dilemma herum. Im Gespräch mit Uli Hufen (WDR, 25.10.2025) erklärt sie: «Ich würde auch gerne Romane weiter schreiben, oder Erzählungen oder Gedichte, aber es geht einfach nicht, wenn man bedroht ist existenziell ...»

Tanja Maljartschuk wurde 1983 in Iwano-Frankiwsk im Westen der Ukraine geboren und schloss dort ein Philologie-Studium ab. Danach arbeitete sie als TV-Journalistin bei verschiedenen Sendern in Kiew. «Mein Verstand ist entsetzt über die Welt, wie sie geworden ist», erklärt sie in Köln. Sie sieht keine Möglichkeit, sich in dieser global gewordenen Welt noch zu verstecken wie Jona im Wal. Hinzu kommt: Politische Gewalt, so ihr Verweis, sei der ukrainischen Literatur eingeschrieben, Gewalt und Tod seien als Trauma gegenwärtig. Die Ukraine, sagt Maljartschuk, hat «immer gelitten unter Imperien».

Das Ende der Metaphern

Lassen sich Literatur und politisches Engagement verbinden, ohne in Parolen abzugleiten? Maljartschuk hat die Antwort für sich gefunden, allerdings, wie es scheint, vorläufig und unter Schmerzen. Für «Metaphern und Zwischentöne» sieht sie angesichts der blutigen Eskalationen der Gegenwart aktuell keinen Platz mehr: «Im Frieden», so die Autorin, «schenken Metaphern ästhetisches Vergnügen. Im Krieg bergen sie die Gefahr, die Wahrheit zu verzerren und sie zu missbrauchen.»

Seit Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine sieht die Schriftstellerin sich daher als «ehemalige Autorin». Eine Selbstbeschreibung, die nicht ohne inneren Widerstreit vonstatten geht und anders auch kaum einleuchten würde. Offen ausgesprochen hat Maljartschuk ihre Haltung bereits 2023 anlässlich ihrer Klagenfurter Rede zur Literatur, wo sie sagt: «Denn ich betrachte mich selbst als eine gebrochene Autorin, eine ehemalige Autorin, eine Autorin, die ihr Vertrauen in die Literatur und – schlimmer noch – in die Sprache verloren hat.» Heisst das Totalverweigerung, Flucht in die Lautlosigkeit, Kapitulation der Literatur vor der Realität? George Orwells Philosophieren über Literatur in Zeiten von Furcht und Tyrannei könnte solchen Schluss nahelegen. Lässt sich auf die Katastrophe mit Kunst antworten? Die Frage steht im Raum.

Orwell versus Henry Miller

Orwell selbst zeigt in seinem Oeuvre fraglos einen eigenständigen Weg. Er schuf überdauernde Allegorien von beunruhigender politischer Kraft – und stimmte dennoch im Schicksalsjahr 1940 seinem amerikanischen Kollegen Henry Miller zu, der sich aus den Welt-

fragen trotzig heraushielt und stattdessen den «einfachen Mann auf der Strasse» zeigte, samt den Niederungen, die für Miller die alltäglich-banale «Feier des Lebens» ausmachen.

Miller sei «unbefleckt von jeder Sorge um das Gemeinwohl», fand Orwell. Das allzu simple «Ja zum Leben» des Kollegen mochte er jedoch nicht nachvollziehen: Man könne, so Orwell, kein Ja sagen zu «Gummiknüppeln, zu Hitler und Stalin, Bomben, Flugzeugen, Konserven, Maschinengewehren, Putschen, Säuberungen, Slogans, geheimen Gefängnissen, Aspirin, Hollywood-Filmen und politischen Morden». (*Im Innern des Wals*)

Die Neucodierung

Der Abschied vom literarischen Schreiben ist für Maljartschuk aber kein «Nichts-mehr-Sagen», kein Beharren im Bauch des Fisches, auch wenn sie sich und ihresgleichen «auf einer schmelzenden Eisscholle» sieht – eine nachvollziehbare Metapher. Es geht daher auch um eine Um- bzw. Recodierung von Sprache. Der Schriftsteller als Augenzeuge, als Mitwisser der Ereignisse, als Dokumentar, der nüchtern unsentimental gegen das Vergessen und Beschönigen schreibt. Und gegen die immer präsente Lüge übermächtiger Propaganda.

2018 hat Tanja Maljartschuk für ihre Erzählung *Frösche im Meer* den Ingeborg-Bachmann-Preis erhalten. 2019 erschien ihr Roman *Der Blauwal der Erinnerung*. In den vergangenen dreieinhalb Jahren habe sie fast ausschliesslich Essays, Vor-

träge und Zeitungsartikel geschrieben. Es ist für sie die «ethischste Form des Schreibens», wie sie dem Publikum zum Abschluss ihrer Poetik-Vorlesung erklärt, ein Kampf gegen Apathie und Vergessen. Ihre Waffe: Eindeutiges Benennen der Dinge, Eintrag der Ereignisse, Abbildung des Menschen. Sie will Menschen zeigen, die sich «extrem verändert haben».

Es ist eine Wahl, eine persönliche Antwort auf eine der hartnäckigsten poetologischen Fragen im Spannungsfeld zwischen politischem Engagement und künstlerischer Freiheit. Die Hoffnung bestehe nicht nur darin, mit Sprache die Welt zu verändern, sagt Maljartschuk, sondern den Menschen: «Was dieser Mensch dann mit der Welt anfängt, bleibt ihm überlassen.»

Das klingt 2025 als Momentum abgehoben, zeigt aber die Zerrissenheit, in der die Kunst – in dem Fall das Schreiben – angesichts sich überstürzender Weltereignisse und im Sturmhaagel nicht abebbender Breaking-News steckt. Für sich selbst nimmt Maljartschuk den Rückzug in den Wal gleichwohl nur als Poetin in Anspruch. Im Interview schloss sie Anfang des Jahres (Deutschlandfunk, 21. Februar 2025) nicht aus, irgendwann selbst an der Front zu stehen.

Mit Claudia Dathe gibt Tanja Maljartschuk seit diesem Herbst die *Ukrainische Bibliothek* im Wallstein Verlag heraus, eine achtbändige Reihe ukrainischer Klassiker in deutscher Übersetzung. Über das Projekt sagt sie: «Es geht um Wiederherstellung der literarischen Gerechtigkeit». Der Beitrag von Arno Kleinebeckel stammt aus telepolis.de vom 23.11.2025.



Volunteering for Peace 

Freiwilligeneinsätze Weltweit mit SCI

scich.org

- Einsätze für **alle** ab 16/18 Jahren
- Ökologische, soziale und kulturelle Projekte
- In 90 Ländern und der Schweiz

 Infos und Anmeldung:
info@scich.org / 031 381 46 20  **SCI Schweiz**

Ottawa-Abkommen unter Druck

Alle im Jahr 2024 gemeldeten Opfer von Streumunition waren Zivilist:innen. Das geht aus dem Streubomben-Monitor 2025 hervor. Obwohl diese Waffen seit 2008 durch das Übereinkommen über Streumunition verboten sind, werden sie weiterhin eingesetzt – unter anderem von Russland, Myanmar und Syrien. Eine weitere Herausforderung ist der Austritt Litauens aus dem Übereinkommen in diesem Jahr.

Der Streubomben-Monitor 2025 zeigt einen besorgniserregenden Anstieg ziviler Opfer. So wurden allein im Jahr 2024 weltweit 314 Menschen getötet oder verletzt. Alle Opfer waren Zivilist:innen, wobei Kinder 42 Prozent der Verletzten oder Getöteten ausmachten. Neue Einsätze wurden in der Ukraine, in Myanmar und in Syrien vor dem Sturz des Assad-Regimes gemeldet», berichtet Daniel Suda-Lang, Geschäftsleiter von Handicap International Schweiz. «Mit 193 zivilen Opfern verzeichnete die Ukraine zum dritten Mal in Folge die meisten Opfer. Hinzu kommen 15 weitere Menschen, die durch Blindgänger verletzt wurden. Es ist wahrscheinlich, dass viele militärische Opfer in dem Bericht nicht erfasst wurden.»

Ausstieg Litauens

Das am 30. Mai 2008 verabschiedete Übereinkommen verpflichtet zwei Drittel aller Länder weltweit – nach dem Austritt Litauens sind es noch 123 Staaten – zur Einhaltung seiner strengen und umfassenden Normen. «In den über 15 Jahren seit seinem Inkrafttreten hat sich das Übereinkommen als äusserst wirksam beim Schutz der Zivilbevölkerung erwiesen. Insgesamt haben elf Vertragsstaaten die Räumung belasteter Gebiete abgeschlossen, zuletzt Bosnien und Herzegowina im Jahr 2023. Im Jahr 2024 haben die von Streumunitionsresten betroffenen Vertragsstaaten 83'452 Blindgänger beseitigt und dabei etwas mehr als 100 Quadratkilometer gefährliche Gebiete geräumt. Dies ist die höchste Zahl der letzten fünf Jahre.»

Litauen ist am 20. März offiziell aus dem Übereinkommen über Streumunition von 2008 ausgetreten. Diese Ent-

scheidung folgt einer schrittweisen und inakzeptablen Aufweichung der internationalen Standards in den vergangenen Jahren: So haben die Vereinigten Staaten beispielsweise vor einem Jahr Streumunition an die Ukraine geliefert und tun dies weiterhin.

Der Streubomben-Monitor 2025 listet ausserdem 17 Produzenten von Streumunition (oder Staaten, die sich das Recht dazu vorbehalten) auf: Brasilien, Myanmar, China, Pakistan, Ägypten, Polen, Griechenland, Rumänien, Indien, Russland, Iran, Singapur, Israel, Nordkorea, Südkorea, Türkei und die Vereinigten Staaten. Zudem warb das indische Unternehmen SMPP im Juni 2024 auf der Waffenmesse Eurosatory in Paris für Streumunition. In den Jahren 2023 und 2024 haben die Vereinigten Staaten sieben Waffenlieferungen mit US-Streumunition in die Ukraine durchgeführt. Laut Berichten wurden diese Waffen über Deutschland transportiert, das Vertragsstaat des Übereinkommens ist.

Schweiz erhebt Einspruch gegen die Suspendierung durch die Ukraine

Das Ottawa-Abkommen über Antipersonenminen ist ebenfalls unter Druck – vor allem aus Nordeuropa. 2025 haben ihren Austritt aus dem Verbotsvertrag angekündigt oder formal eingeleitet: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Finnland und die Ukraine. Die Schweiz wird Einspruch gegen den Entscheid der Ukraine einlegen, das Abkommen zu suspendieren. Es verbietet analog demjenigen über Streumunition den Einsatz, die Herstellung, die Lagerung und die Weitergabe von Personenminen. Am 15. Oktober 2025 ist der Bundesrat zum Schluss gekommen, dass eine solche Suspendierung nicht mit dem Völkerrecht vereinbar ist. Gemäss dem Ottawa-Abkommen dürfen Staaten zwar aus dem Vertrag zurücktreten. Ein Rücktritt während eines laufenden Krieges wird aber erst nach Ende des Konflikts wirksam. Eine Suspendierung sieht das Übereinkommen nicht vor. (pw)



Gemälde an einer Wand im syrischen Dorf al-Nayrab in der Provinz Idlib erklären, was zu tun ist, wenn Blindgänger entdeckt werden.

Wandkalender 2026 Stand with Ukraine

Was bedeutet Zuhause, fragt *Libereco* im Kalender 2026 «Stand with Ukraine» und überlässt die Antworten acht ukrainischen IllustratorInnen. Sie geben dem Zuhause, ihrem Zuhause einen Inhalt. Auf den stimmungsvollen Illustrationen tauchen wir ein in winterstille Schneelandschaften, in Erinnerungen von Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, in Aufbruchsstimmungen an Frühlingsfesten. Wir riechen den Duft von Honig in der Südukraine, lernen, dass die Kastanienblüte als Symbol untrennbar mit der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw verbunden ist, und dass sie, wo auch immer sie blüht, Erinnerungen an das Zuhause weckt. Die zwölf Monatsblätter regen an, über die eigenen Vorstellungen von Zuhause und Heimat nachzudenken. *lst*

Der Kalender kann über den Spendenshop auf libereco.org bestellt werden und kostet 30 Franken inkl. Versand. Weitere Informationen finden sich ebenfalls auf der Website.



Friedenskalender 2026 zur Ernährung der Weltbevölkerung

Bereits zum 30. Mal erscheint 2026 der vom Schweizerischen Friedensrat herausgegebene Postkartenkalender mit Bildern zum Thema Ernährung der Weltbevölkerung. Zwölf abtrennbare farbige Postkarten enthalten Sujets verschiedener Fotografinnen.

Weiter informiert der Kalender wie immer über die internationalen Tage der UNO sowie die wichtigsten Friedenstermine des Jahres. Er wird allen Mitgliedern des Friedensrates sowie den Abonnentinnen und Abonnenten der **FRIEDENSZEITUNG** Mitte Oktober zugestellt und kann für 25 Franken unter info@friedensrat.ch nachbestellt werden.



Montag, 26. Januar 2026
19.00 – 21.00 Uhr

Schweizerischer Friedensrat, Gartenhofstr. 7 in Zürich

Tomatensklaverei in Süditalien

Wie unsere Billig-Lebensmittel produziert werden
und welche Alternativen es gibt.

Christine Voss, Journalistin in Zürich

Tram Nr. 14 ab Hauptbahnhof Zürich Richtung Triemli bis Station Werd (eine Station nach Stauffacher), dann zweite Strasse rechts.

Anmeldung: Bis zum 23. Januar 2026 an diana.schenkel@friedensrat.ch. Bitte, erwähnen, wenn Sie virtuell dabei sein möchten, wir senden Ihnen dann den Zugangscode.



1915 mitten im Lärm des 1. Weltkriegs trafen sich Frauen aus allen Kontinenten in Den Haag.... und Women International League für Peace und Freedom WILPF wurde gegründet. Und heute wieder im Lärm von Rüstung, Waffen, Männern und falschem Sicherheitsverständnis feiern wir eine 110 jährige Geschichte, eine Erfolgsgeschichte.

Am 10. Dezember, 1730h laden wir in den Glockenhof Zürich, Sihlstrasse 33, Raum Genf – wo 1919 der 1. Frauenfriedenskongress von WILPF stattgefunden hat - zur Vernissage zum Buch

«Frieden ist ein Tätigkeitswort»

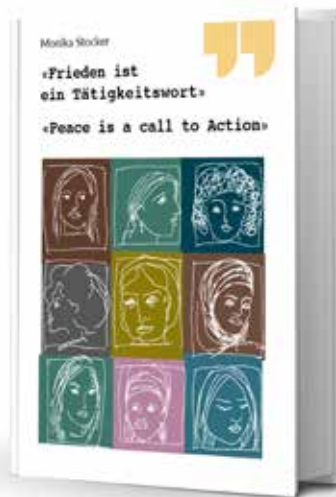
Aus der langen Reihe von aktiven Frauen schreibe ich an 11 stellvertretend, nähere mich ihrem Wirken, ihrem Werk und ihren Leben und versuche ihre Worte für heute zu hören.

Vorstellen des Buches und Lesung

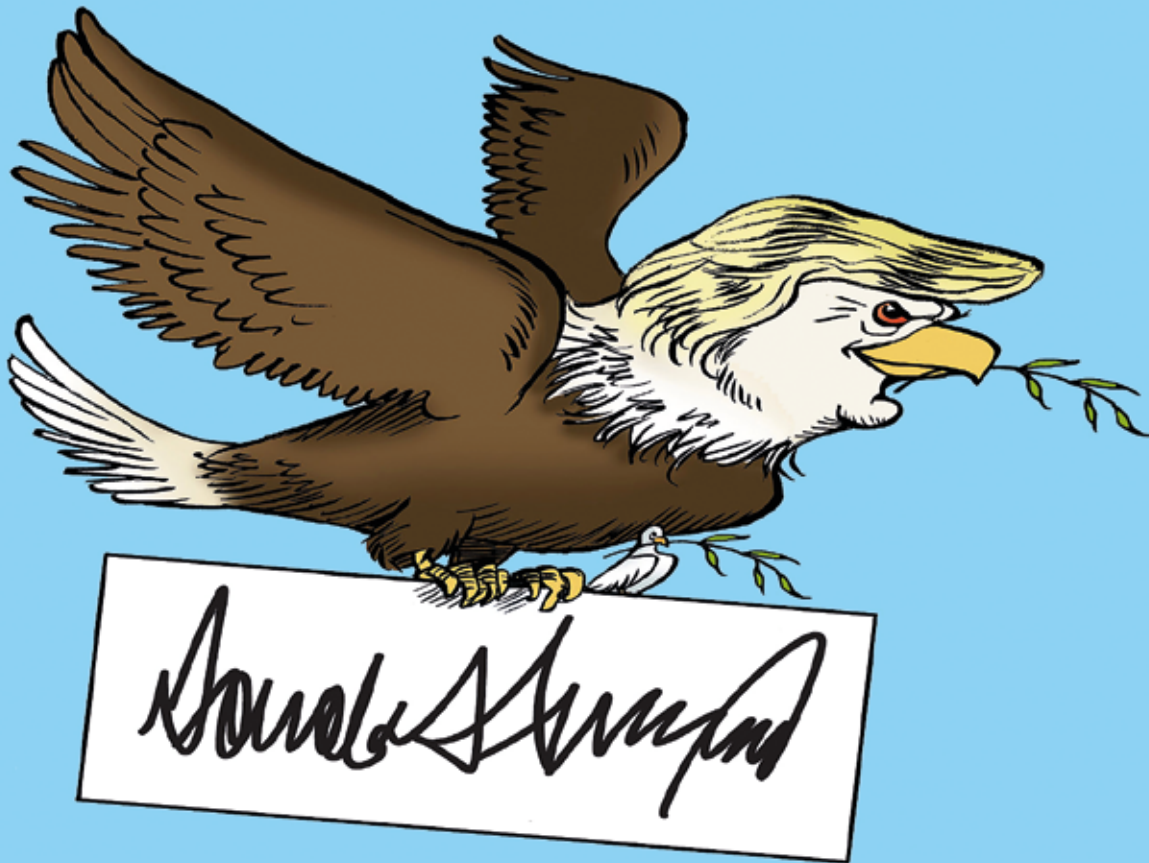
Eine der Frauen ist **Franziska Schutzbach**, Soziologin und Autorin des Buches: **Revolution der Verbundenheit, wie weibliche Solidarität die Gesellschaft verändert**. Sie ist mein Gast. Ich führe ein Gespräch mit ihr, sie wird aus ihrem Buch lesen.

Anschliessend Buchverkauf
und Apéro, Zeit für Gespräche

Buch-Vernissage:
10.12.2025, 1730h,
Glockenhof Zürich



www.monikastocker.ch



NOBEL PEACE PRIZE

KICKWA©10.25

FRIEDENSZEITUNG

DIE FRIEDENSPOLITISCHE ZEITSCHRIFT



Die einzige friedenspolitische Zeitschrift der Schweiz, die **FRIEDENSZEITUNG:**

Aktuell, hintergründig, informativ, über schweizerische und internationale Friedenthemen und -arbeit viermal jährlich vierfarbig

- ☐ Jetzt abonnieren: 50 Franken im Jahr
- ☐ Jetzt schnuppern: 3 Ausgaben gratis



Name, Vorname, Adresse

PLZ, Ort

Datum

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich oder per Mail an: info@friedensrat.ch